

Jahresabschluss und zusammengefasster Lagebericht 2024
der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Inhalt

Zusammengefasster Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA	3
Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA	4
Gewinn- und Verlustrechnung – 1. Januar bis 31. Dezember	4
Bilanz zum 31. Dezember	5
Anhang der Drägerwerk AG & Co. KGaA 2024	6
Allgemeine Erläuterungen	6
Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung	9
Erläuterungen zur Bilanz	14
Sonstige Angaben	25
Angaben zur Vergütung	27
Honorar des Abschlussprüfers	29
Wesentliche direkte und indirekte Beteiligungen der Drägerwerk AG & Co. KGaA	30
Nachtragsbericht	33
Organe der Gesellschaft	34
Erklärung der gesetzlichen Vertreter	40
Bestätigungsvermerk	41
Impressum	48

Mögliche Rundungsdifferenzen können im vorliegenden Geschäftsbericht zu geringfügigen Abweichungen führen.

Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird in den Texten dieses Geschäftsberichts der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Alle anderen Formen sind selbstverständlich immer eingeschlossen.

Dieser Geschäftsbericht ist auch in englischer Sprache erhältlich. Im Zweifelsfall ist die deutsche Version maßgeblich.

Zusammengefasster Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Der Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA und der Lagebericht des Dräger-Konzerns gemäß § 315 Abs. 5 HGB werden zusammengefasst und im Konzern-Geschäftsbericht veröffentlicht. Der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasste Lagebericht der Drägerwerk AG & Co. KGaA und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2024 werden an den Betreiber des Unternehmensregisters übermittelt und im Unternehmensregister offengelegt.

Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Gewinn- und Verlustrechnung Drägerwerk AG & Co. KGaA - 1. Januar bis 31. Dezember

in Tsd. €	Anhang	2024	2023
Umsatzerlöse	5	1.113.322	1.159.481
Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen		-940	-6.294
Andere aktivierte Eigenleistungen		2.732	2.516
Sonstige betriebliche Erträge	6	91.367	96.523
Materialaufwand	7	-601.386	-629.377
Personalaufwand	8	-327.644	-318.142
Abschreibungen	9	-29.108	-29.200
Sonstige betriebliche Aufwendungen	10	-340.974	-381.413
Erträge aus Beteiligungen	11	13.019	4.033
Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen	12	145.608	114.660
Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	13	2.816	4.583
Abschreibungen auf Finanzanlagen	14	-22.053	-363
Zinsergebnis	15	-4.333	-9.232
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	16	40.791	45.418
Ergebnis nach Steuern		83.216	53.195
Sonstige Steuern		-537	-544
Jahresüberschuss		82.679	52.651
Gewinnvortrag		372.404	352.911
Bilanzgewinn	28	455.082	405.562

Bilanz Drägerwerk AG & Co. KGaA

in Tsd. €	Anhang	31. Dezember 2024	31. Dezember 2023
Aktiva			
Immaterielle Vermögensgegenstände	18	4.495	6.005
Sachanlagen	19	223.997	233.769
Finanzanlagen	20	780.924	656.777
Anlagevermögen		1.009.417	896.552
Vorräte	21	175.398	173.071
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	22	21.701	24.769
Übrige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	22	467.224	630.036
Guthaben bei Kreditinstituten		56.013	79.380
Umlaufvermögen		720.336	907.255
Rechnungsabgrenzungsposten	23	15.954	14.413
Aktive latente Steuern	24	201.159	160.180
Summe Aktiva		1.946.865	1.978.400
Passiva			
Gezeichnetes Kapital		48.026	48.026
Nennbetrag eigener Anteile		-142	-
Ausgegebenes Kapital	25	47.884	48.026
Kapitalrücklage	26	311.734	311.157
Gewinnrücklagen	27	196.798	199.191
Andere Gewinnrücklagen		196.798	199.191
Bilanzgewinn	28	455.082	405.562
Eigenkapital		1.011.498	963.936
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		152.212	175.198
Übrige Rückstellungen		105.828	108.022
Rückstellungen	29	258.040	283.221
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		253.462	327.617
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		93.722	84.153
Sonstige Verbindlichkeiten		326.993	314.339
Verbindlichkeiten	30	674.177	726.109
Rechnungsabgrenzungsposten	31	3.150	5.135
Summe Passiva		1.946.865	1.978.400

Anhang der Drägerwerk AG & Co. KGaA 2024

Allgemeine Erläuterungen

1 Allgemeine Angaben

Die alleinige persönlich haftende Gesellschafterin der Drägerwerk AG & Co. KGaA ist die Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck, die keine Anteile hält. Das gezeichnete Kapital der Komplementärin beträgt 1,0 Mio. EUR.

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA mit Sitz in Lübeck ist unter der HRB 7903 HL im Registergericht Lübeck registriert und erstellt den Konzernabschluss für den kleinsten und größten Konsolidierungskreis.

Der Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) erstellt. Für die Gewinn- und Verlustrechnung wird das Gesamtkostenverfahren angewendet.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, sind verschiedene Posten der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung zusammengefasst; sie werden im Anhang gesondert ausgewiesen. Der Jahresabschluss wurde in Euro aufgestellt. Soweit nicht anders vermerkt, werden alle Beträge in Tausend Euro (Tsd. EUR) angegeben. Dadurch können Rundungsdifferenzen entstehen.

2 Corporate Governance

Die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG der Drägerwerk AG & Co. KGaA ist abgegeben und den Aktionären zugänglich gemacht worden (siehe Geschäftsbericht des Dräger-Konzerns oder Internetseite www.draeger.com, Rubrik Investor Relations / Corporate Governance).

3 Währungsumrechnung

Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in fremder Währung werden mit dem am Tage des Geschäftsvorfalles gültigen Devisenkurs erfasst.

Zum Bilanzstichtag werden Vermögensgegenstände und Verbindlichkeiten in Fremdwährung mit dem Devisenkassamittelkurs bewertet, sofern sie eine Restlaufzeit von einem Jahr oder weniger aufweisen. Kursgewinne und -verluste aus dieser Umrechnung werden erfolgswirksam berücksichtigt. Bei Vermögensgegenständen und Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von über einem Jahr werden nur die Verluste aus Fremdwährungskursänderungen erfasst. Erträge und Aufwendungen aus der Währungsumrechnung werden im Anhang unter den sonstigen betrieblichen Erträgen und Aufwendungen ausgewiesen.

4 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Entgeltlich erworbene **Immaterielle Vermögensgegenstände** werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, bewertet. Dabei wird von einer Nutzungsdauer von zwei bis acht Jahren ausgegangen. Selbst erstellte immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert.

Gegenstände des **Sachanlagevermögens** werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer. In den Anschaffungskosten sind gemäß § 255 Abs. 1 HGB auch Anschaffungsnebenkosten sowie nachträgliche Anschaffungskosten unter Berücksichtigung von Anschaffungskostenminderungen enthalten. In die Herstellungskosten werden die Material- und Fertigungseinzelkosten, die Sonderkosten der Fertigung sowie Material- und Fertigungsgemeinkosten in angemessenem Umfang und der Werteverzehr des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, einbezogen. Forschungs- und Vertriebskosten werden nicht berücksichtigt. Geschäfts- und Fabrikgebäude werden in längstens 50 Jahren, Gebäudeeinbauten in längstens zehn Jahren, technische Anlagen

und Maschinen in längstens acht Jahren, andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung überwiegend in zwei bis fünf Jahren, längstens in 15 Jahren abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Wert bis 250 EUR werden sofort aufwandswirksam erfasst. Geringwertige Wirtschaftsgüter mit einem Wert von 250,01 EUR bis zu 800 EUR werden als Zugang erfasst, voll abgeschrieben und im gleichen Geschäftsjahr als Abgang berücksichtigt. Zugänge im Rahmen von Umwandlungsvorgängen werden zu Buchwerten erfasst.

Im **Finanzanlagevermögen** werden die **Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen** mit den Anschaffungskosten beziehungsweise bei voraussichtlich dauernder Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Der niedrigere Wertansatz wird nicht beibehalten, wenn die Gründe dafür nicht mehr bestehen.

Unverzinsliche und niedrig verzinsliche **Ausleihungen** werden mit dem Barwert, marktüblich verzinsten Ausleihungen mit dem Nominalwert angesetzt. Abzinsungen werden als Abschreibungen und Aufzinsungen als Zuschreibungen im Anlagegitter ausgewiesen. Soweit der nach vorstehenden Grundsätzen ermittelte Buchwert von Gegenständen des Anlagevermögens über dem Wert liegt, der ihnen am Bilanzstichtag beizulegen ist, werden bei voraussichtlich dauernder Wertminderung außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen.

Kursgewinne beziehungsweise -verluste aus der Bewertung von auf fremde Währung lautenden Finanzanlagen werden in den sonstigen betrieblichen Erträgen beziehungsweise Aufwendungen ausgewiesen.

Bei den **Vorräten** werden die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Handelswaren zu durchschnittlichen Anschaffungskosten oder den niedrigeren Stichtagswerten angesetzt. Die geleisteten Anzahlungen werden zum Nennwert erfasst. Die Bewertung der unfertigen und fertigen Erzeugnisse sowie der nicht abgerechneten Leistungen erfolgt zu Herstellungskosten; die durchschnittlichen Herstellungskosten umfassen die direkt zurechenbaren Einzelkosten für Material und Lohn, Material- und Fertigungsgemeinkosten sowie den Werteverzehr des Anlagevermögens. Bestandsrisiken, die sich aus der Lagerdauer und verringerter Verwertbarkeit ergeben, sind durch ausreichende Abwertungen berücksichtigt. Zinsen für Fremdkapital sind nicht Bestandteil der Herstellungskosten.

Die **Erhaltenen Anzahlungen** auf Bestellungen beziehungsweise Abschlagszahlungen auf bereits erbrachte, aber nicht abgerechnete Leistungen werden zum Nennwert erfasst und offen von den Vorräten abgesetzt.

Forderungen und Sonstige Vermögensgegenstände werden zum Nennwert unter Abzug erforderlicher Wertberichtigungen angesetzt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wird durch Vornahme von pauschalen Wertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Unverzinsliche beziehungsweise niedrigverzinsliche Forderungen mit Laufzeiten von mehr als einem Jahr werden abgezinst.

Derivative Finanzinstrumente werden mit dem beizulegenden Zeitwert bewertet. Für derivative Finanzinstrumente mit einem negativen Zeitwert werden Drohverlustrückstellungen gebildet, wenn diese nicht in einer Bewertungseinheit sind. Liegt kein verlässlich ermittelbarer Marktwert vor, wird der beizulegende Zeitwert aus dem Marktwert gleichartiger derivativer Finanzinstrumente abgeleitet oder mithilfe allgemein anerkannter Bewertungsmethoden bestimmt. Hierzu zählen die Discounted-Cash-Flow-Methode (Barwertverfahren) und das Black-Scholes-Modell (beim Vorliegen von Optionen). Dabei stellen die verwendeten marktgerechten Zinsstrukturkurven und Wechselkurse die wichtigsten Einflussgrößen für die Modelle dar.

Guthaben bei Kreditinstituten werden zum Nennwert angesetzt.

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Unterschiede zwischen den handelsrechtlichen und steuerrechtlichen Wertansätzen von Anlage- sowie Umlaufvermögen, Rechnungsabgrenzungsposten, Rückstellungen und Verbindlichkeiten ermittelt. Dabei werden bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA als Organträgerin nicht nur die Unterschiede aus den eigenen Bilanzpositionen einbezogen, sondern auch solche, die bei den Organgesellschaften bestehen. Zusätzlich zu den zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden steuerliche Verlustvorträge und Zinsvorträge berücksichtigt. Die Ermittlung der

latentem Steuern erfolgt auf Basis des Ertragsteuersatzes des steuerlichen Organkreises der Drägerwerk AG & Co. KGaA. Die latenten Steuerabgrenzungen werden in Höhe der voraussichtlichen Steuerbelastung beziehungsweise -entlastung nachfolgender Geschäftsjahre gebildet. Latente Steueransprüche aus Verlust- und Zinsvorträgen sowie aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden werden nur berücksichtigt, wenn ihre Realisierung innerhalb der nächsten fünf Jahre hinreichend gesichert erscheint.

Die **Pensionsverpflichtungen** werden versicherungsmathematisch unter Zugrundelegung biometrischer Wahrscheinlichkeiten (Richttafeln Heubeck 2018 G) nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected-Unit-Credit-Methode) ermittelt. Zukünftig erwartete Gehalts- und Rentensteigerungen werden bei der Ermittlung der Verpflichtungen berücksichtigt. Der zugrunde gelegte Rechnungszins für die Auf- beziehungsweise Abzinsung der Pensionsverpflichtungen basiert auf dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten und veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre für eine angenommene Restlaufzeit von 15 Jahren.

Die zum 1. Januar 2005 eingeführte betriebliche Altersversorgung für die deutschen Gesellschaften setzt sich aus den drei Stufen – arbeitgeberfinanzierte Grundstufe, arbeitnehmerfinanzierte Aufbaustufe und arbeitgeberfinanzierte Zusatzstufe – zusammen. Der Versorgungsaufwand bei der arbeitgeberfinanzierten Grundstufe richtet sich nach dem Einkommen des Mitarbeiters. Im Rahmen der arbeitnehmerfinanzierten Aufbaustufe hat der Mitarbeiter die Möglichkeit, seinen Versorgungsanspruch durch Entgeltumwandlung zu erhöhen. Die Höhe des Versorgungsbeitrags in der arbeitgeberfinanzierten Zusatzstufe ist abhängig vom Mitarbeiterbeitrag im Rahmen der Entgeltumwandlung sowie vom Geschäftserfolg (EBIT) des Dräger-Konzerns.

Die Versorgungskonten der Mitarbeiter weisen bis zum 31. Dezember 2018 eine Mindestverzinsung in Höhe von 2,75 % auf. Ab dem 1. Januar 2019 wurde die betriebliche Altersversorgung angepasst. Die Anpassungen beziehen sich auf die garantierte Mindestverzinsung des Versorgungskapitals, die auf 0,9 % gesenkt wurde, sowie auf die aufgrund veränderter demografischer Rahmenbedingungen neu gefassten Verrentungsfaktoren zur Umrechnung des Versorgungskapitals in eine Pensionsleistung. Für das bis 2018 angesammelte Versorgungsguthaben und die darauf zukünftig anfallenden Zinsen gelten hinsichtlich der Höhe der Versorgungsanwartschaft die bisherigen Regelungen fort. Die finanziellen Mittel aus den Versorgungszusagen ab 2005 (inklusive der Änderungen ab 2019) werden in einem ausschließlich für Dräger aufgelegten Spezialfondsvermögen angelegt, das besonderen Verfügungsbeschränkungen unterliegt. Die Bewertung erfolgt zum beizulegenden Zeitwert; dieser wird mit den jeweils zugrunde liegenden Verpflichtungen verrechnet. Ergibt sich ein **Verpflichtungsüberhang**, wird dieser unter den Pensionsrückstellungen erfasst. Übersteigt der Wert des Deckungsvermögens die Verpflichtungen, erfolgt der Ausweis als **Aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung**.

Die **Rückstellungen** werden so bemessen, dass sie alle bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses erkannten Risiken auf der Grundlage vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung und ungewissen Verpflichtungen Rechnung tragen. Der Ansatz erfolgt in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags. Zukünftige Preis- und Kostensteigerungen werden berücksichtigt, sofern ausreichende objektive Hinweise für deren Eintritt vorliegen. Langfristige Rückstellungen werden mit dem ihrer Laufzeit entsprechenden, von der Bundesbank veröffentlichten Marktzinssatz abgezinst. Die Aufwendungen aus der Aufzinsung von Rückstellungen werden gesondert unter dem Posten **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** ausgewiesen.

Verbindlichkeiten werden mit ihren Erfüllungsbeträgen angesetzt.

Der Wertansatz der **Haftungsverhältnisse** entspricht dem am Abschlussstichtag bestehenden Umfang der möglichen Haftung. Bei Haftungsverhältnissen aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen werden neben den verbürgten Höchstbeträgen die zum Bilanzstichtag tatsächlich in Anspruch genommenen Kreditbeträge vermerkt.

Die **Sonstigen finanziellen Verpflichtungen** aus Dauerschuldverhältnissen werden mit dem Nominalwert bewertet und vermerkt.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

5 Umsatzerlöse

Die Aufteilung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen und geographischen Regionen ist der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

Umsatzerlöse		
in Tsd. €	2024	2023
Produkte und Handelswaren ¹	636.018	719.791
Dienstleistungen ¹	477.304	439.690
Aufgliederung nach Geschäftsfeldern	1.113.322	1.159.481
Deutschland	290.648	276.671
Übriges Europa	274.947	334.447
Asien Pazifik	221.145	243.342
Amerika	271.900	250.535
Sonstige (wie Afrika, Australien)	54.683	54.486
Aufgliederung nach Regionen (Absatzgebiete)	1.113.322	1.159.481

¹ Abweichende Sortierung von Geschäftsfeldern; Vorjahreswerte angepasst

Der überwiegende Anteil der Umsatzerlöse resultiert aus Geschäften mit Tochtergesellschaften.

6 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Geschäftsjahr 2024 im Wesentlichen Erträge aus derivativen Finanzinstrumenten in Höhe von 50.569 Tsd. EUR (2023: 42.933 Tsd. EUR) und Erträge aus Währungsumrechnungen in Höhe von 13.543 Tsd. EUR (2023: 17.079 Tsd. EUR). Des Weiteren sind im Geschäftsjahr 2024 in den sonstigen betrieblichen Erträgen periodenfremde Erträge in Höhe von 4.505 Tsd. EUR (2023: 13.672 Tsd. EUR) enthalten. Diese entfallen im Wesentlichen auf die Auflösung von Rückstellungen und die Auflösung von Wertberichtigungen.

7 Materialaufwand

Materialaufwand		
in Tsd. €	2024	2023
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	-501.697	-543.085
Aufwendungen für bezogene Leistungen	-99.689	-86.292
Materialaufwand	-601.386	-629.377

8 Personalaufwand/Mitarbeiter

Personalaufwand/Mitarbeiter		
in Tsd. €	2024	2023
Gehälter	-280.645	-269.152
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	-46.999	-48.990
davon für Altersversorgung	572	-4.076
Personalaufwand	-327.644	-318.142
Mitarbeiter im Jahresdurchschnitt	3.181	3.156
Produktionsbereich ¹	592	663
Sonstige Bereiche	2.589	2.493
Mitarbeiter zum Stichtag	3.238	3.193
Produktionsbereich ¹	591	668
Sonstige Bereiche	2.647	2.525

¹ Unter dem Begriff ›Produktionsbereich‹ sind die Einzelfunktionen Fertigung, Service und Außenmontage zusammengefasst.

Die Beträge für die Altersversorgung sind aufgrund der Zinsentwicklung der Pensionen als Ertrag ausgewiesen.

9 Abschreibungen

Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen zeigten 2024 eine Veränderung in Höhe von 92 Tsd. EUR auf. Diese sind von 29.200 Tsd. EUR im Jahr 2023 auf 29.108 Tsd. EUR im Jahr 2024 gesunken. Die Abschreibungen beinhalten außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 1.246 Tsd. EUR (2023: 0 EUR).

10 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten im Wesentlichen spezielle Aufwendungen des Vertriebs und Verwaltungskosten wie Mieten, Pachten, Versicherungsprämien, Beiträge, Honorare, öffentliche Abgaben, Reisekosten, Zuführungen zu Rückstellungen, Belastungen von Konzerngesellschaften sowie Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens. Der Rückgang des sonstigen betrieblichen Aufwands im Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 40.439 Tsd. EUR ist hauptsächlich auf die verringerten Vertriebsaufwendungen in Höhe von 161.149 Tsd. EUR (2023: 196.018 Tsd. EUR) und auf andere Fremdleistungen in Höhe von 57.389 Tsd. EUR (2023: 68.302 Tsd. EUR) zurückzuführen.

Darüber hinaus sind in diesem Posten Aufwendungen aus der Währungsumrechnung in Höhe von 23.636 Tsd. EUR (2023: 21.830 Tsd. EUR) enthalten. Des Weiteren sind in dieser Position Aufwendungen aus derivativen Finanzinstrumenten von 42.845 Tsd. EUR (2023: 43.800 Tsd. EUR) enthalten.

11 Erträge aus Beteiligungen

Erträge aus Beteiligungen		
in Tsd. €	2024	2023
Erträge aus Beteiligungen	13.019	4.033
davon aus verbundenen Unternehmen	12.347	3.637

12 Erträge aufgrund von Ergebnisabführungsverträgen

Die Erträge aus Ergebnisabführungsverträgen setzen sich im Wesentlichen aus den Jahresüberschüssen der Dräger Safety AG & Co. KGaA von 91.887 Tsd. EUR (2023: 89.240 Tsd. EUR), der Dräger Medical International

GmbH von 35.445 Tsd. EUR (2023: 5.523 Tsd. EUR), der Dräger Medical Deutschland GmbH von 2.251 Tsd. EUR (2023: 6.660 Tsd. EUR), der Dräger Medical ANSY GmbH von 13.380 Tsd. EUR (2023: 8.681 Tsd. EUR) und der Dräger Holding International GmbH von 1.637 Tsd. EUR (2023: 3.765 Tsd. EUR) zusammen.

13 Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Die Erträge resultieren aus Ausleihungen des Finanzanlagenvermögens gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 2.816 Tsd. EUR (2023: 4.583 Tsd. EUR).

14 Abschreibungen auf Finanzanlagen

Im Geschäftsjahr 2024 wurden Wertberichtigungen auf Anteile an der brasilianischen Tochtergesellschaft Dräger Industria e Comércio Ltda., São Paulo, Brasilien in Höhe von 19.837 Tsd. EUR vorgenommen sowie auf sonstige Beteiligungen durchgeführt.

15 Zinsergebnis

Zinsergebnis		
in Tsd. €	2024	2023
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	14.389	10.757
davon aus verbundenen Unternehmen	7.989	9.593
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-18.722	-19.989
davon an verbundene Unternehmen	-16.943	-13.315
davon aus der Aufzinsung von langfristigen Rückstellungen	-323	-319
Zinsaufwand Pensionsrückstellungen	-5.125	-5.010
Ertrag aus dem Deckungsvermögen	12.936	10.608
Saldierter Betrag	7.811	5.598
Zinsergebnis	-4.333	-9.232

Zinsaufwendungen aus den Pensionsverpflichtungen werden gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB mit den Erträgen aus dem zu verrechnenden Deckungsvermögen saldiert.

16 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
in Tsd. €	2024	2023
Tatsächliche Steuern	-188	5.353
Latenter Steueraufwand aus zeitlichen Unterschieden	-4.108	-3.767
Latenter Steuerertrag aus Verlustvorträgen	45.087	43.832
Latenter Steuerertrag	40.979	40.065
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	40.791	45.418

Als Ertragsteuern werden die Körperschaftsteuer, der darauf entfallende Solidaritätszuschlag, Gewerbesteuer und ausländische Quellensteuer sowie die Veränderungen der latenten Steuern für den steuerlichen Organkreis der Drägerwerk AG & Co. KGaA ausgewiesen. Im Geschäftsjahr 2024 verzeichnete die Drägerwerk AG & Co. KGaA als Organträgerin aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden und Verlustvorträgen einen latenten Steuerertrag von 40.979 Tsd. EUR (2023: 40.065 Tsd. EUR). Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte auf Basis eines

Ertragsteuersatzes von 31,5 % (2023: 31,5 %). Der Ertragsteuersatz umfasst die Körperschaftsteuer sowie den darauf entfallenden Solidaritätszuschlag und die Gewerbesteuer.

Auswirkungen des Mindestbesteuerungsrichtlinie-Umsetzungsgesetzes

Im Dezember 2021 veröffentlichte die OECD Modellregelungen des Pillar 2 (Global Anti-Base Erosion Proposal oder GloBE) zur Reform der internationalen Unternehmensbesteuerung. Multinationale Unternehmen mit einem Umsatz von mehr als 750 Mio. EUR müssen demnach ihren effektiven GloBE-Steuersatz für jedes Land, in dem sie tätig sind, ermitteln. In den Ländern, in denen dieser Steuersatz unter dem Mindeststeuersatz von 15 % liegt, wird eine Zusatzsteuer erhoben. Die Erhebung dieser Zusatzsteuer kann in dem Land erfolgen, in dem der Mindeststeuersatz unterschritten wird, oder soweit dies nicht der Fall ist, bei der Konzernobergesellschaft. Zum Bilanzstichtag ist die Pillar 2-Gesetzgebung in Deutschland, der Jurisdiktion, in der die Drägerwerk AG & Co. KGaA ansässig ist, bereits in lokales Recht überführt und seit dem 1. Januar 2024 in Kraft getreten.

Die Mindestbesteuerung bezieht sich auf die Geschäftstätigkeiten einer Tochtergesellschaft in Argentinien, wo der gesetzliche Steuersatz 35 % beträgt. Aufgrund der Hyperinflation wird eine steuerliche Inflationsanpassung gewährt, die den effektiven Steuersatz auf unter 15 % senkt. Die Drägerwerk AG & Co. KGaA hat einen laufenden Steueraufwand von 366 Tsd. EUR für die Ergänzungssteuer im Zusammenhang mit der globalen Mindestbesteuerung erfasst, da in Argentinien keine lokale Mindeststeuer erhoben wird. Im Jahr 2023 ergab sich keine Mindeststeuer.

17 Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung von Währungsrisiken werden sogenannte derivative Finanzinstrumente in der Form von Devisentermingeschäften eingesetzt. Die Geschäfte werden nur mit Banken hoher Bonität abgeschlossen. Das Volumen der Devisentermingeschäfte umfasst im Wesentlichen Kurssicherungsgeschäfte zur Absicherung des operativen Geschäfts und von Intercompany-Darlehen.

Die Ermittlung der Zeitwerte basiert auf einer Mark-to-Market-Bewertung zum Stichtag. Diese Devisentermingeschäfte wurden für unterschiedliche Währungen – vorrangig, CNY, JPY, AUD – vorgenommen.

Derivative Finanzinstrumente 2024

in Tsd. €	Nominalbetrag	Laufzeit in Jahren	Zeitwert	Buchwert
Devisentermingeschäfte (Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ)	294.121	bis 1	1.521	-3.875
Devisentermingeschäfte (Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ)	-	von 1 bis 5	-	-
Devisentermingeschäfte (Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling)	200.998	bis 1	2.592	-955
Devisentermingeschäfte (Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling)	1.179	von 1 bis 5	-53	-53

Derivative Finanzinstrumente 2023

in Tsd. €	Nominalbetrag	Laufzeit in Jahren	Zeitwert	Buchwert
Devisentermingeschäfte (Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ)	281.712	bis 1	-297	-5.029
Devisentermingeschäfte (Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ)	15.433	von 1 bis 5	-70	-116
Devisentermingeschäfte (Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling)	189.810	bis 1	-1.869	-2.556
Devisentermingeschäfte (Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling)	2.763	von 1 bis 5	-85	-97

Für unrealisierte Kursverluste aus Devisentermingeschäften wurden Drohverlustrückstellungen in den sonstigen Rückstellungen in Höhe von insgesamt 4.883 Tsd. EUR (2023: 7.798 Tsd. EUR) gebildet.

Die unrealisierten Verluste beziehungsweise Gewinne aus der Bewertung gliedern sich wie folgt auf:

Unrealisierte Gewinne und Verluste aus der Bewertung

in Tsd. €	2024	2023
Verluste aus der Absicherung von		
Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling	1.008	2.653
Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ	3.875	5.146
	4.883	7.798
Gewinne aus der Absicherung von		
Fremdwährungsdarlehen / Cash Pooling	3.547	699
Forderungen und Verbindlichkeiten / Operativ	5.397	4.779
	8.944	5.477

Erläuterungen zur Bilanz

18 Immaterielle Vermögensgegenstände

Immaterielle Vermögensgegenstände

in Tsd. €	Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	Geleistete Anzahlungen	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten			
1. Januar 2024	110.519	593	111.112
Zugänge	391	1.356	1.747
Abgänge	8.294	-	8.294
Umgliederung	233	-233	0
31. Dezember 2024	102.849	1.716	104.565
Kumulierte Abschreibungen			
1. Januar 2024	105.107	0	105.107
Zugänge	3.242	-	3.242
Abgänge	8.279	-	8.279
31. Dezember 2024	100.070	0	100.070
Nettobuchwert 31. Dezember 2024	2.779	1.716	4.495
Nettobuchwert 31. Dezember 2023	5.412	593	6.005

Bei den Zugängen zu den immateriellen Vermögensgegenständen des laufenden Geschäftsjahres handelt es sich im Wesentlichen um den Erwerb von Software in Höhe von 391 Tsd. EUR (2023: 1.020 Tsd. EUR) und geleistete Anzahlungen auf noch nicht fertiggestellte Software in Höhe von 1.356 Tsd. EUR (2023: 590 Tsd. EUR).

19 Sachanlagen

Sachanlagen

in Tsd. €	Grundstücke, grundstücks- gleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	Technische Anlagen und Maschinen	Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäfts- ausstattung	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
1. Januar 2024	323.949	29.309	205.123	16.064	574.445
Zugänge	434	360	9.098	6.350	16.242
Abgänge	3.046	36	12.362	-	15.444
Umgliederung	1.994	193	5.519	-7.706	0
31. Dezember 2024	323.331	29.826	207.378	14.708	575.243
Kumulierte Abschreibungen					
1. Januar 2024	158.337	11.081	171.258	0	340.676
Zugänge	9.600	2.560	13.706	-	25.866
Abgänge	3.043	36	12.217	-	15.296
31. Dezember 2024	164.894	13.605	172.747	0	351.246
Nettobuchwert 31. Dezember 2024	158.437	16.221	34.631	14.708	223.997
Nettobuchwert 31. Dezember 2023	165.612	18.228	33.865	16.064	233.769

Die Investitionen des Geschäftsjahres im Bereich des Sachanlagevermögens betrugen 16.242 Tsd. EUR (2023: 49.617 Tsd. EUR). Die Zugänge der geleisteten Anzahlungen und Anlagen im Bau in Höhe von 6.350 Tsd. EUR (2023: 8.175 Tsd. EUR) stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit Umbauten, der Herstellung von Produktionsanlagen und der Anfertigung diverser Werkzeuge.

20 Finanzanlagen

Finanzanlagen

in Tsd. €	Anteile an verbundenen Unternehmen	Ausleihungen an verbundene Unternehmen	Beteiligungen	Sonstige Ausleihungen	Gesamt
Anschaffungs-/Herstellungskosten					
1. Januar 2024	621.680	39.887	6.329	0	667.897
Zugänge	-	164.981	683	-	165.663
Abgänge	-	19.713	-	-	19.713
31. Dezember 2024	621.680	185.155	7.012	0	813.847
Kumulierte Abschreibungen					
1. Januar 2024	602	10.264	254	0	11.120
Zugänge	19.837	132	2.084	-	22.053
Abgänge	-	-	228	-	228
Zuschreibungen	21	-	-	-	21
31. Dezember 2024	20.417	10.396	2.110	0	32.923
Nettobuchwert 31. Dezember 2024	601.263	174.759	4.902	0	780.924
Nettobuchwert 31. Dezember 2023	621.078	29.624	6.075	0	656.777

Im Geschäftsjahr 2024 hat die Drägerwerk AG & Co. KGaA eine Wertberichtigung auf die Anteile an der Dräger Industria e Comércio Ltda. in Höhe von 19.836 Tsd. EUR vorgenommen. Bei den Anteilen an der Dräger Argentina S.A. wurde durch den Entfall der Abschreibungsgründe vom Wertaufholungsgebot in Höhe von 21 Tsd. EUR Gebrauch gemacht. Die Zugänge bei den Ausleihungen an verbundene Unternehmen resultieren

hauptsächlich aus Darlehen an ausländische Tochtergesellschaften. Die Abgänge basieren im Wesentlichen auf Umgliederungen von Ausleihungen an verbundene Unternehmen in das Cash Management.

21 Vorräte

Der ausgewiesene Vorratsbestand setzt sich wie folgt zusammen:

Vorräte		
in Tsd. €	2024	2023
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	86.115	81.845
Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen	12.282	13.514
Fertige Erzeugnisse und Waren	79.335	78.485
Geleistete Anzahlungen ¹	58	53
Erhaltene Anzahlungen ¹	-2.391	-826
Vorräte	175.398	173.071

¹ Aufteilung Anzahlungen; Vorjahreswerte angepasst

22 Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
in Tsd. €	2024	2023
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	21.701	24.769
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	-	-
Übrige Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	467.224	630.036
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	451.128	613.483
davon aus Lieferungen und Leistungen	276.027	292.785
davon aus sonstigen Vermögensgegenständen	175.101	320.698
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	-	-
Sonstige Vermögensgegenstände	16.096	16.553
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr	778	812
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	488.925	654.804

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen bestehen im Wesentlichen aus Lieferungen und Leistungen und Cash Management.

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA hat zum 31. Dezember 2024 einen Bestand an Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 2.637 Tsd. EUR (2023: 3.344 Tsd. EUR) an einen Käufer veräußert. Diese Forderungen sind übertragen und vollständig vor dem Bilanzstichtag beglichen worden. Das aus dieser Transaktion anhaltende Engagement aus den beglichenen Forderungen resultiert aus der Berechtigung des Käufers, für die Zeit zwischen der eigentlichen Fälligkeit der verkauften Forderungen und ihrem tatsächlichen Zahlungseingang beziehungsweise dem Ausfall der Forderung, maximal aber für 90 Tage, einen Zins zu verlangen. Das daraus resultierende Risiko beträgt 24 Tsd. EUR (2023: 40 Tsd. EUR). Zum Zeitpunkt der Übertragung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden Kosten von 8 Tsd. EUR (2023: 6 Tsd. EUR) erfasst.

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten Ansprüche aus Rückdeckungsversicherungsguthaben, Guthaben bei Lieferanten, Steuerguthaben aus Ertrag- und Umsatzsteuer, Forderungen an Mitarbeiter sowie sonstige Forderungen, die außerhalb des Warenverkehrs liegen.

23 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten enthalten ausschließlich transitorische Abgrenzungen.

24 Aktive latente Steuern

Insgesamt erwartet die Drägerwerk AG & Co. KGaA als Organträgerin zum 31. Dezember 2024 aus zeitlichen Bilanzierungsunterschieden und steuerlichen Verlustvorträgen sowie Zinsvorträgen eine zukünftige Steuerentlastung von 201.159 Tsd. EUR (2023: 160.180 Tsd. EUR). Aktive latente Steuern auf Verlustvorträge wurden insoweit angesetzt, wie mit einer Realisierung innerhalb der nächsten fünf Jahre zu rechnen ist. Die Ermittlung der latenten Steuern erfolgte auf Basis eines Ertragsteuersatzes von 31,5 % (2023: 31,5 %). Der Ertragsteuersatz umfasst die Körperschaftsteuer sowie den darauf entfallenden Solidaritätszuschlag und die Gewerbesteuer.

In Ausübung des Wahlrechts gemäß § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB wurden für den Überhang aktive latente Steuern bilanziert.

Aktive/passive latente Steuern

in Tsd. €	Aktive latente Steuern		Passive latente Steuern	
	2024	2023	2024	2023
Anlagevermögen	2.225	1.161	2.758	3.203
Umlaufvermögen	25.888	27.446	178	5
Rechnungsabgrenzungsposten	139	133	-	-
Rückstellungen	86.180	90.977	-	-
Verbindlichkeiten	768	-	-	137
Verlustvortrag	88.894	43.807	-	-
Bruttowert	204.094	163.525	2.935	3.345
Saldierung	-2.935	-3.345	-2.935	-3.345
Bilanzansatz	201.159	160.180	0	0

25 Gezeichnetes Kapital

Das gezeichnete Kapital der Drägerwerk AG & Co. KGaA beträgt 48.026 Tsd. EUR (2023: 48.026 Tsd. EUR).

Das Grundkapital setzt sich unverändert aus 10.160.000 nennbetragslosen Kommandit-Stammaktien sowie 8.600.000 nennbetragslosen Kommandit-Vorzugsaktien ohne Stimmrecht zusammen.

Der Nominalwert beider Aktiengattungen beträgt 2,56 EUR. Die persönlich haftende Gesellschafterin Drägerwerk Verwaltungs AG ist nicht am Kapital beteiligt.

Das gezeichnete Kapital ist voll eingezahlt. Die Vorzugsaktien und die Stammaktien werden unverändert am Kapitalmarkt gehandelt.

Die Vorzugsaktien haben mit Ausnahme des Stimmrechts die mit den Stammaktien verbundenen Rechte. Zum Ausgleich des fehlenden Stimmrechts wird auf Vorzugsaktien aus dem Bilanzgewinn eine Dividende von 0,13 EUR je Aktie vorab ausgeschüttet.

Anschließend wird auf Stammaktien eine Dividende von 0,13 EUR je Aktie ausgeschüttet, soweit der verbleibende Bilanzgewinn hierfür ausreicht. Ein darüber hinausgehender Bilanzgewinn wird, soweit er ausgeschüttet wird, so verteilt, dass Vorzugsaktien gegenüber Stammaktien eine Mehrdividende von 0,06 EUR je Aktie erhalten.

Reicht in einem oder mehreren Geschäftsjahren der Gewinn nicht zur Ausschüttung der Vorwegdividende auf die Vorzugsaktien aus, werden die fehlenden Beträge aus dem Gewinn der folgenden Geschäftsjahre nachgezahlt, bevor eine Dividende auf Stammaktien ausgeschüttet wird.

Wird ein Rückstand nicht im Folgejahr neben dem vollen Vorzug für dieses Jahr nachgezahlt, haben die Vorzugsaktionäre das Stimmrecht, bis die Rückstände nachgezahlt sind.

Im Falle der Liquidation erhalten Vorzugsaktionäre insgesamt vorab 25 % des Gesamtliquidationserlöses. Der verbleibende Liquidationserlös wird auf alle Aktien gleichmäßig verteilt.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 7. Mai 2021 ist die persönlich haftende Gesellschafterin ermächtigt, das Grundkapital bis zum 6. Mai 2026 mit Zustimmung des Aufsichtsrats durch Ausgabe neuer, auf den Inhaber lautender Stammaktien und/oder Vorzugsaktien (Stückaktien) gegen Bar- und/oder Sacheinlagen einmalig oder mehrmals um insgesamt bis zu 12.006.400,00 EUR zu erhöhen (Genehmigtes Kapital). Die Ermächtigung zur Ausgabe von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht darf nur insoweit ausgeübt werden, als der Anteil der Vorzugsaktien ohne Stimmrecht die Hälfte des Grundkapitals nicht übersteigt (§ 139 Abs. 2 AktG).

Im Fall der Ausnutzung des Genehmigten Kapitals ist den Aktionären grundsätzlich ein Bezugsrecht zu gewähren. Das Bezugsrecht kann den Aktionären auch in der Weise eingeräumt werden, dass die neuen Aktien von einem oder mehreren durch die persönlich haftende Gesellschafterin bestimmten Kreditinstituten oder Unternehmen im Sinne von § 186 Abs. 5 Satz 1 AktG mit der Verpflichtung übernommen werden, sie den Aktionären zum Bezug anzubieten (mittelbares Bezugsrecht). Dies kann aus abwicklungstechnischen Gründen sinnvoll sein. Darin liegt keine Beschränkung des Bezugsrechts der Aktionäre.

Bei gleichzeitiger Ausgabe von Stamm- und Vorzugsaktien unter Wahrung des zum Zeitpunkt der jeweiligen Ausgabe bestehenden Beteiligungsverhältnisses der beiden Aktiengattungen wird die persönlich haftende Gesellschafterin ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Inhaber von Aktien einer Gattung auf Aktien der anderen Gattung auszuschließen (gekreuzter Bezugsrechtsausschluss). Auch in diesem Fall ist die persönlich haftende Gesellschafterin zu einem weitergehenden Bezugsrechtsausschluss nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen berechtigt.

Die persönlich haftende Gesellschafterin ist ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre in weiteren bestimmten Fällen auszuschließen.

Der auf neue Aktien, für die das Bezugsrecht aufgrund dieser Ermächtigung ausgeschlossen wird, insgesamt entfallende anteilige Betrag am Grundkapital darf zusammen mit dem anteiligen Betrag am Grundkapital, der auf eigene Aktien oder auf neue Aktien aus einem anderen genehmigten Kapital entfällt oder auf den sich Options- oder Wandlungsrechte beziehungsweise Wandlungspflichten aus Optionen, Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen und/oder Genussrechten beziehen, die jeweils während der Laufzeit dieser Ermächtigung unter Bezugsrechtsausschluss veräußert beziehungsweise ausgegeben worden sind, 10 % des Grundkapitals nicht überschreiten. Von dieser Beschränkung auf 10 % des Grundkapitals ausgenommen sind Aktien, die unter gekreuztem Bezugsrechtsausschluss ausgegeben werden. Maßgeblich für die Berechnung der 10 %-Grenze ist das vorhandene Grundkapital im Zeitpunkt des Wirksamwerdens oder im Zeitpunkt der Ausübung dieser Ermächtigung, je nachdem zu welchem dieser Zeitpunkte der Grundkapitalbetrag am geringsten ist.

Die persönlich haftende Gesellschafterin wird ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats den Inhalt der Aktienrechte, die Einzelheiten der Kapitalerhöhung sowie die Bedingungen der Aktienausgabe, insbesondere den Ausgabebetrag, festzulegen. Der Aufsichtsrat wird ermächtigt, die Fassung der Satzung entsprechend der Ausnutzung des Genehmigten Kapitals oder nach Ablauf der Ermächtigungsfrist anzupassen.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 7. Mai 2021 ist die persönlich haftende Gesellschafterin zudem bis zum 6. Mai 2026 ermächtigt, Options- und/oder Wandelschuldverschreibungen im Gesamtnennbetrag von bis zu 650.000.000,00 EUR sowie die Schaffung eines dazugehörigen bedingten Kapitals von bis zu 12.006.400,00 EUR durch Ausgabe von bis zu 4.690.000 neuen, auf den Inhaber lautenden Stückaktien auszugeben.

Der Options- beziehungsweise Wandlungspreis für die bei Ausübung von Options- und/oder Wandlungsrechten zu beziehenden Aktien muss mit Ausnahme der Fälle, in denen eine Optionsausübungs- oder Wandlungspflicht, eine Ersetzungsbefugnis oder ein Andienungsrecht der Emittentin der Schuldverschreibungen zur Lieferung von Aktien vorgesehen ist, mindestens 80 % des zeitnah zur Ausgabe der Schuldverschreibungen, die mit Options- oder Wandlungsrechten verbunden sind, ermittelten Börsenkurses der Inhaberstückaktien der Gesellschaft entsprechen.

Den Aktionären steht grundsätzlich ein Bezugsrecht auf die Schuldverschreibungen zu (§ 221 Abs. 4 i.V.m. § 186 Abs. 1 AktG).

Die Ermächtigung sieht zunächst vor, dass für den Fall, dass sowohl Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten beziehungsweise -pflichten auf Stammaktien als auch Schuldverschreibungen mit Options- oder Wandlungsrechten beziehungsweise -pflichten auf Vorzugsaktien begeben werden, die persönlich haftende Gesellschafterin mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht für Inhaber von Aktien einer Gattung auf die Schuldverschreibungen, die Options- oder Wandlungsrechte auf Aktien der jeweils anderen Gattung gewähren beziehungsweise eine entsprechende Ausübungs- oder Wandlungspflicht vorsehen, ausschließen kann, wenn das Bezugsverhältnis zur Zeichnung der Schuldverschreibungen für die Inhaber beider Aktiengattungen gleich festgesetzt wird (gekreuzter Bezugsrechtsausschluss).

Die persönlich haftende Gesellschafterin wird ferner ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Bezugsrecht der Aktionäre in weiteren bestimmten Fällen auszuschließen.

Eigene Anteile (Mitarbeiterbeteiligungsprogramm)

Der Vorstand hat erneut entschieden, Mitarbeitern von Dräger in Deutschland im Geschäftsjahr 2024 im Rahmen eines Mitarbeiteraktienprogramms die Beteiligung am Unternehmen zu ermöglichen. Damit soll die Identifikation mit dem Unternehmen sowie die Attraktivität von Dräger als Arbeitgeber gesteigert werden. Für jeweils drei vom Mitarbeiter erworbene Investment-Aktien wurde wie im Vorjahr eine Bonusaktie gewährt. Die Aktien unterliegen einer Haltefrist von zwei Jahren und dürfen somit in dieser Frist nicht veräußert oder in sonstiger Weise übertragen werden. Ein Verbleib des Mitarbeiters im Unternehmen während dieser Haltefrist ist nicht notwendig.

Der Rückkauf der 57.987 Investment- und 19.329 Bonusaktien (insgesamt 77.316 Aktien) an der Börse begann am 7. Oktober 2024 und konnte bis zum Ende des Jahres nicht vollständig abgeschlossen werden. Bis zum Jahresende sind von den 77.316 Aktien 55.487 Stück zurückgekauft worden. Der Rückkauf der restlichen 21.829 Aktien erfolgte im Januar 2025. Der maximale Kaufpreis wurde mit 45,05 EUR pro Vorzugsaktie vor Programmstart festgelegt (Schlusskurs der Vorzugsaktien im Xetra-Handel am letzten Handelstag vor dem Beginn der jeweiligen Erwerbsperiode). Eine Übertragung dieser Aktien in die jeweiligen Depots der Mitarbeiter erfolgte nach dem Ende der Rückkaufphase, die am 20. Januar 2025 abgeschlossen wurde. Die Drägerwerk AG & Co. KGaA weist somit zum Bilanzstichtag eigene Vorzugsaktien mit einem Anteil am Grundkapital von 0,3 % in Höhe ihrer Anschaffungskosten von 2.535 Tsd. EUR aus. Der Nennbetrag der eigenen Anteile von 142 Tsd. EUR wird offen von dem gezeichneten Kapital abgesetzt. Soweit die Anschaffungskosten den Nennbetrag der eigenen Anteile übersteigen, sind diese mit frei verfügbaren Gewinnrücklagen verrechnet worden.

Stimmrechtsmitteilungen

Gemäß § 160 Abs. 1 Nr. 8 AktG sind Angaben über das Bestehen von Beteiligungen zu machen, die nach § 33 Abs. 1 oder Abs. 2 des Wertpapierhandelsgesetzes (WpHG) dem Unternehmen mitgeteilt worden sind.

Eingegangene Stimmrechtsmitteilungen 2024

Meldepflichtiger	Datum der Stimmrechtsmitteilung	Meldeschwelle ¹	Beteiligung	Beteiligung in Stimmrechten
Brandes Investment Partners, L.P., San Diego, USA	26. November 2024	5 % Überschreitung	5,01 %	508.594

¹ Meldung aufgrund einer Änderung der direkt und/oder indirekt gehaltenen Stimmrechte

Bestehende meldepflichtige Beteiligungen gemäß Stimmrechtsmitteilung

Meldepflichtiger	Datum der Stimmrechtsmitteilung	Beteiligung	Beteiligung in Stimmrechten
Dr. Heinrich Dräger GmbH, Lübeck	12. November 2013	67,31 %	6.838.408
Staat Norwegen, Oslo, Norwegen	4. Oktober 2018	3,04 %	308.663
Brandes Investment Partners, L.P., San Diego, USA	26. November 2024	5,01 %	508.594

Es wird darauf hingewiesen, dass die Angaben zu den Beteiligungen überholt sein können.

26 Kapitalrücklage

Kapitalrücklage

Die Kapitalrücklage der Drägerwerk AG & Co. KGaA ist entstanden aus Aufgeldern	in Tsd. €
anlässlich der Gründung (Umwandlung) der Gesellschaft	2.556
anlässlich der Kapitalerhöhungen	
vom März 1979	5.726
vom Juni 1981	7.016
vom Juli 1991	23.569
vom April 2020	73.940
	112.807
Dividendenrückzahlung Stefan Dräger in 2009	582
Erhöhung der Kapitalrücklage in 2010	
durch die Ausgabe von 3.810.000 neuen Stammaktien	95.277
Ersatz der variablen Optionskomponente durch eine Eigenkapitalkomponente	26.540
Ausübung von vier Optionsscheinen von je 50.000 Aktien in 2013	12.190
Ausübung von elf Optionsscheinen von je 50.000 Aktien in 2014	33.487
Ausübung von zehn Optionsscheinen von je 50.000 Aktien in 2015	30.274
Mitarbeiterbeteiligungsprogramm in 2024	577
Kapitalrücklage zum 31. Dezember 2024	311.734

Die Erhöhung der Kapitalrücklage im Geschäftsjahr 2024 in Höhe von 577 Tsd. EUR resultiert aus dem Mitarbeiterbeteiligungsprogramm. Der Wert entsteht durch die zum Zeitpunkt der Gewährung aufwandswirksam erfasste und zum Bilanzstichtag noch nicht erfüllte Verpflichtung zur Ausgabe der Bonusaktien abzüglich Kursunterschiede.

↗ siehe Abschnitt „Eigene Anteile (Mitarbeiterbeteiligungsprogramm)“ in Textziffer 25

27 Gewinnrücklagen

Die Minderung der Gewinnrücklage im Geschäftsjahr 2024 resultiert aus dem Bestand der eigenen Anteile im Zusammenhang mit dem Rückkauf der Drägeraktien durch das im November 2024 gestartete Mitarbeiterbeteiligungsprogramm. Soweit die Anschaffungskosten von 2.535 Tsd. EUR den Nennbetrag der eigenen Anteile von 142 Tsd. EUR übersteigen, sind diese mit der Gewinnrücklage verrechnet worden. Somit weist die Gewinnrücklage zum 31. Dezember 2024 einen Betrag in Höhe von 196.798 Tsd. EUR aus. Bei dem Vortrag der Gewinnrücklage aus 2023 in Höhe von 199.191 Tsd. EUR handelt es sich um Einstellungen aus vorangegangenen Jahren.

28 Entwicklung Bilanzgewinn

Entwicklung Bilanzgewinn

	in Tsd. €
Bilanzgewinn 31. Dezember 2023	405.562
1,74 EUR Dividende auf 10.160.000 Stück Stammaktien	-17.678
1,80 EUR Dividende auf 8.600.000 Stück Vorzugsaktien	-15.480
Gewinnvortrag 2023	372.404
Jahresüberschuss 2024	82.679
Bilanzgewinn 31. Dezember 2024	455.082

Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen

Der zur Ausschüttung gesperrte Betrag belief sich zum 31. Dezember 2024 auf 231.258 Tsd. EUR (2023: 181.838 Tsd. EUR). Die Ermittlung beruht auf § 268 Abs. 8 HGB und § 253 Abs. 6 HGB.

Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen			Ausschüttungssperre	
in Tsd. €	Bruttobetrag	Latente Steuern	2024	2023
Zeitwert des Deckungsvermögens, der die Anschaffungskosten übersteigt	30.099	-	30.099	17.563
positiver Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB	-	-	-	2.805
Aktivsaldo übrige latente Steuern		201.159	201.159	161.470
Gesamtbetrag der ausschüttungsgesperrten Beträge	30.099	201.159	231.258	181.838
Zur Deckung zur Verfügung stehende Eigenkapitalanteile			652.462	605.334
Frei verfügbare Eigenkapitalbestandteile			421.204	423.496

Die Bewertung des Spezialfondsvermögens der Versorgungsordnung erfolgt gemäß § 253 Abs. 1 Satz 4 HGB zum Zeitwert. Dieser belief sich zum 31. Dezember 2024 auf 131.422 Tsd. EUR (2023: 112.616 Tsd. EUR) und lag damit um 30.099 Tsd. EUR über den Anschaffungskosten von 101.323 Tsd. EUR (2023: 95.053 Tsd. EUR). Bei dem ermittelten Betrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von 2.956 Tsd. EUR (negativer Unterschiedsbetrag) (2023: 4.096 Tsd. EUR (positiver Unterschiedsbetrag)) handelt es sich um den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsverpflichtung mit dem vorgeschriebenen Zehnjahresdurchschnittszinssatz und dem Ansatz der Pensionsverpflichtung mit dem Siebenjahresdurchschnittszinssatz. Dem die Anschaffungskosten übersteigenden Betrag stehen frei verfügbare Gewinnrücklagen in Höhe von 196.798 Tsd. EUR (2023: 199.191 Tsd. EUR), freie Kapitalrücklagen von 581 Tsd. EUR (2023: 581 Tsd. EUR) sowie ein Bilanzgewinn von 455.082 Tsd. EUR (2023: 405.562 Tsd. EUR) gegenüber.

29 Rückstellungen

Die Bewertung der unmittelbaren Pensionsrückstellungen basiert auf folgenden Rechnungsgrundlagen:

Versicherungsmathematische Annahmen

	2024	2023
Abzinsungssatz	1,90 % ¹	1,82 %
Künftige Lohn- und Gehaltssteigerungen	3,00 %	3,00 %
Künftige Rentensteigerungen	1,00/2,00 % ²	1,00/2,00 %
Durchschnittliche Mitarbeiterfluktuation	3,00 %	3,00 %

¹ Auf Basis des von der Bundesbank veröffentlichten Zinssatzes vom 31. Dezember 2024.

² Zzgl. Sonderanpassung von 0,3 % (2024) aufgrund einer außerordentlichen Inflation.

Vermögensverrechnung

Das Deckungsvermögen wurde mit den zugrunde liegenden Verpflichtungen aus der neuen Versorgungsordnung gemäß § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB verrechnet.

Der in der nachstehenden Tabelle genannte beizulegende Zeitwert des angelegten Deckungsvermögens wurde, soweit es sich um Fondsanteile handelt, aus dem Börsenkurs des Fondsvermögens am Abschlussstichtag abgeleitet.

Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung		
in Tsd. €	2024	2023
Beizulegender Zeitwert des angelegten Deckungsvermögens	131.422	112.616
Erfüllungsbetrag der Pensionsverpflichtungen des Rentenplans	-171.699	-165.182
Unterdeckung der Pensionsverpflichtungen	-40.277	-52.566
Anschaffungskosten des angelegten Deckungsvermögens	101.323	95.053

Bei dem Deckungsvermögen handelt es sich um Anteile an einem ausschließlich für Dräger aufgelegten Spezialfondsvermögen-Wertpapier – Kenn-Nr. A0HG1B – und einem Abrechnungskonto. Das Fondsvermögen wird von dem AllianzGI-Fonds treuhänderisch für die Drägerwerk AG & Co. KGaA verwaltet und ist dem Zugriff übriger Gläubiger entzogen.

Dieses Fondsvermögen und das Abrechnungskonto dienen der Sicherung der Pensionsverpflichtungen nach der Versorgungsordnung und unterliegen besonderen Verfügungsbeschränkungen.

Übrige Rückstellungen

Übrige Rückstellungen		
in Tsd. €	2024	2023
Steuerrückstellungen	1.506	1.393
Sonstige Rückstellungen	104.323	106.629
Übrige Rückstellungen	105.828	108.022

Die sonstigen Rückstellungen enthalten Vorsorgen, vor allem für die Abdeckung von Garantieverpflichtungen in Höhe von 35.224 Tsd. EUR (2023: 34.425 Tsd. EUR), für ausstehende Lieferantenrechnungen von 10.072 Tsd. EUR (2023: 11.583 Tsd. EUR), für Prozesskosten/-risiken von 4.210 Tsd. EUR (2023: 3.957 Tsd. EUR), für ungewisse Verbindlichkeiten von 534 Tsd. EUR (2023: 872 Tsd. EUR), die überwiegend aus projektbezogenen Verpflichtungen entstanden sind sowie für diverse sonstige Risiken. Die Rückstellungen für die Abdeckung von Verpflichtungen aus dem Personalbereich betragen 44.046 Tsd. EUR (2023: 43.702 Tsd. EUR). Dieser Betrag beinhaltet insbesondere die Rückstellungen für Erfolgsbeteiligungen an Mitarbeiter, noch nicht genommenen Urlaub, Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisse sowie für Dienstjubiläen. Die Altersteilzeit-Arbeitsverhältnisse werden auf Grundlage von Betriebsvereinbarungen abgeschlossen.

Für drohende Verluste aus der Abwicklung von Devisentermingeschäften (derivative Finanzinstrumente) wurde im Geschäftsjahr 2024 eine Rückstellung in Höhe von 4.883 Tsd. EUR (2023: 7.798 Tsd. EUR) gebildet.

30 Verbindlichkeiten

Verbindlichkeiten 2024

in Tsd. €	Gesamt	bis 1 Jahr	> 1 Jahr	davon mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	253.462	53.462	200.000	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	93.722	93.722	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	315.871	259.871	56.000	-
davon aus Lieferungen und Leistungen	43.235	43.235	-	-
davon aus sonstigen Verbindlichkeiten	272.636	216.636	56.000	-
Sonstige Verbindlichkeiten	11.122	10.896	226	226
davon aus Steuern	5.660	5.660	-	-
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	-	-	-	-
Verbindlichkeiten	674.178	417.951	256.226	226

Verbindlichkeiten 2023

in Tsd. €	Gesamt	bis 1 Jahr	> 1 Jahr	davon mehr als 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	327.617	74.923	252.694	-
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	84.153	84.153	-	-
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	293.698	283.698	10.000	-
davon aus Lieferungen und Leistungen	19.502	19.502	-	-
davon aus sonstigen Verbindlichkeiten	274.196	264.196	10.000	-
Sonstige Verbindlichkeiten	20.641	20.396	245	228
davon aus Steuern	5.791	5.791	-	-
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	-	-	-	-
Verbindlichkeiten	726.109	463.169	262.939	228

Es bestanden in den Geschäftsjahren 2024 und 2023 keine durch Pfandrechte oder ähnliche Rechte gesicherte Verbindlichkeiten.

Konsignationslagervereinbarungen

Zum Bilanzstichtag zeigt die Drägerwerk AG & Co. KGaA Vorgänge bezüglich der Konsignationslagervereinbarungen in der Bilanz. Es erfolgt ein Ausweis sowohl im Vorratsbestand als auch bei den Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von 9.821 Tsd. EUR (2023: 11.240 Tsd. EUR). Bei dem Konsignationslager handelt es sich um bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA lagernde Ware, die bis zur Meldung der Entnahme im rechtlichen Sinne Eigentum des Lieferanten ist. Hieraus ergeben sich mehrere Vorteile: Zum einen liegt höchste Versorgungssicherheit vor und zum anderen verringert sich die Kapitalbindung, da die lieferantenseitige Berechnung erst nach der Materialentnahme aus dem Lager erfolgt.

Aufgrund spezieller Vertragsgestaltungen bei diesen Lieferanten liegt nicht nur der wirtschaftliche Nutzen, sondern auch das wirtschaftliche Risiko bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA. Diese Gegebenheit führt zu dem Bilanzausweis in gleicher Höhe sowohl bei den Vorräten als auch in den Verbindlichkeiten.

Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

Bei den im Geschäftsjahr 2014 aufgenommenen KfW-Tilgungskrediten begann die Tilgung im Jahr 2016. Diese Kredite sind zum 31. März 2024 in Höhe des Restbetrags von 277 Tsd. EUR getilgt worden.

Im Geschäftsjahr 2015 sind drei weitere KfW-Tilgungskredite zur Finanzierung der Neubauten im Zusammenhang mit der Zukunftsfabrik mit einer Laufzeit bis Juni 2025 aufgenommen worden. Der Tilgungsbetrag für das Geschäftsjahr 2024 betrug 5.388 Tsd. EUR (2023: 5.388 Tsd. EUR). Die Kredite valutieren zum 31. Dezember 2024 mit einem Gesamtsaldo in Höhe von 2.694 Tsd. EUR (2023: 8.081 Tsd. EUR).

Am 2. Oktober 2020 wurde ein endfälliges Darlehen in Höhe von 50.000 Tsd. EUR mit einer Laufzeit von fünf Jahren bei der Europäischen Investitionsbank in Anspruch genommen. Im Geschäftsjahr 2023 wurde ein weiteres endfälliges Darlehen in Höhe von 100.000 Tsd. EUR mit einer Laufzeit von fünf Jahren bei der Europäischen Investitionsbank in Anspruch genommen.

Im Kalenderjahr 2021 wurden vier Schuldscheindarlehen in Höhe von insgesamt 100.000 Tsd. EUR für eine Laufzeit von fünf bzw. sieben Jahren mit endfälliger Tilgung in Anspruch genommen.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren überwiegend aus dem Cash-Management in Höhe von 216.636 Tsd. EUR (2023: 264.196 Tsd. EUR).

Sonstige Verbindlichkeiten

Die sonstigen Verbindlichkeiten basieren im Wesentlichen auf Steuerverbindlichkeiten in Höhe von 5.660 Tsd. EUR (2023: 5.791 Tsd. EUR) und Verbindlichkeiten aus dem Cash-Management mit der persönlich haftenden Gesellschafterin Drägerwerk Verwaltungs AG in Höhe von 3.216 Tsd. EUR (2023: 12.511 Tsd. EUR).

31 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen transitorische Abgrenzungen. Im Geschäftsjahr 2023 ist der Drägerwerk AG & Co. KGaA ein EU-Zuschuss für ein Forschungs- und Entwicklungsprojekt in Höhe von insgesamt 3.688 Tsd. EUR gewährt worden, dessen Auszahlung von der Erreichung festgelegter Meilensteine abhängt. Im Geschäftsjahr 2023 hat die Drägerwerk AG & Co. KGaA bereits einen Betrag in Höhe von 1.782 Tsd. EUR erhalten. Je nach Entwicklungsfortschritt sind die entsprechenden Erträge zu realisieren, was im Geschäftsjahr 2024 zu einer Erhöhung der sonstigen betrieblichen Erträge um 1.155 Tsd. EUR führte.

Sonstige Angaben

32 Haftungsverhältnisse

Haftungsverhältnisse

in Tsd. €	2024	2023
Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen	267.954	256.066
tatsächlich in Anspruch genommene Kreditbeträge	29.409	11.014

Die Gewährleistungsverpflichtungen sind in Höhe von 253.343 Tsd. EUR (2023: 241.456 Tsd. EUR) für Tochtergesellschaften eingegangen worden. Diese beinhalten im wesentlichen Garantien gegenüber Kreditinstituten für Kreditlinien 233.055 Tsd. EUR (2023: 221.313 Tsd. EUR). Darüber hinaus hat die Gesellschaft für Tochterunternehmen Patronatserklärungen abgegeben.

Die finanzielle Situation der Tochtergesellschaften stellt sicher, dass diese den Verpflichtungen nachkommen werden. Somit besteht kein Risiko der Inanspruchnahme.

Bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA, zusammen mit einigen deutschen Tochtergesellschaften, bestehen am Abschlussstichtag Avalkreditlinien in Höhe von 165.000 Tsd. EUR und Kontokorrentkreditlinien in Höhe von 375.000 Tsd. EUR. Von den Avalkreditlinien sind 96.663 Tsd. EUR durch die Gesellschaft oder ihre Tochtergesellschaften in Anspruch genommen worden, für die eine gesamtschuldnerische Haftung besteht. Zum Abschlussstichtag liegt keine Inanspruchnahme von Avalen vor.

33 Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Zum 31. Dezember 2024 bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen in Höhe von 75.435 Tsd. EUR, davon gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 517 Tsd. EUR. Diese setzen sich aus folgenden Sachverhalten zusammen:

Miet- und Leasingverträge

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus langfristigen Miet- und Leasingverträgen in Höhe von rund 48.814 Tsd. EUR (2023: 49.742 Tsd. EUR), davon rund 517 Tsd. EUR (2023: 859 Tsd. EUR) gegenüber verbundenen Unternehmen. Die jährliche Belastung beträgt rund 5.920 Tsd. EUR (2023: 5.764 Tsd. EUR), davon 349 Tsd. EUR (2023: 350 Tsd. EUR) gegenüber verbundenen Unternehmen.

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen beruhen hauptsächlich auf den Leasingverträgen mit der Dräger Objekt Finkenstraße GmbH & Co. KG bezüglich der Bürogebäude sowie mit der Dräger GmbH bezüglich Grundstücksmieten.

Abnahmeverpflichtungen

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA ist zur Absicherung der Verfügbarkeit von IT-Leistungen Abnahmeverpflichtungen mit Dienstleistern im Rahmen des üblichen Bedarfs eingegangen.

Sonstige

Durch offene Bestellungen bestanden am 31. Dezember 2024 Verpflichtungen zum Erwerb immaterieller Vermögensgegenstände in Höhe von 9 Tsd. EUR (2023: 42 Tsd. EUR) und zum Erwerb von Sachanlagen von 5.382 Tsd. EUR (2023: 6.339 Tsd. EUR). Das Bestellobligo für Sachanlagen beruht im Wesentlichen auf Gebäudeumbauten sowie Ersatz- und Neubeschaffung von Maschinen und Werkzeugen. Bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA bestanden zum 31. Dezember 2024 eine Kapitaleinzahlungsverpflichtung auf Geschäftsanteile in Höhe von 2.930 Tsd. EUR (2023: 3.314 Tsd. EUR) und eine Verpflichtung aus dem Kauf von Anteilen in Höhe von 18,3 Mio. EUR.

Aus der Beteiligung an folgenden Zweckgesellschaften:

- FIMMUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lübeck KG
- FIMMUS Grundstücks-Vermietungs GmbH und
- DRENITA Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fertigung Dräger-Medizintechnik KG

bestehen gegenwärtig keine wesentlichen Chancen und Risiken.

34 Rechtliche Risiken

Die Drägerwerk AG & Co. KGaA ist in Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzklagen im Rahmen der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit involviert. Der Vorstand geht davon aus, dass das Ergebnis der Rechtsstreitigkeiten und Schadenersatzklagen keine wesentliche nachteilige Auswirkung auf die Vermögens- und Finanzlage oder das Geschäftsergebnis haben wird.

Angaben zur Vergütung

35 Vergütung des Vorstands

Im Geschäftsjahr 2024 betrugen die Gesamtbezüge nach § 285 Nr. 9a HGB des aktiven Vorstands 7.549 Tsd. EUR (2023: 19.025 Tsd. EUR). In den Gesamtbezügen ist darüber hinaus eine aktienbasierte Vergütung mit langfristiger Anreizwirkung in Höhe von 1.119 Tsd. EUR (2023: 1.151 Tsd. EUR) enthalten und entspricht einer Anzahl von zugeteilten virtuellen Aktien von 25.681,30 Stück (2023: 23.083,65 Stück). Es erfolgt eine anteilige Weiterbelastung der Vergütung von der Drägerwerk Verwaltungs AG an die Drägerwerk AG & Co. KGaA.

Durch Beschluss der Hauptversammlung vom 5. Mai 2023 ist das Vergütungssystem der Vorstände neu geregelt worden. Demnach werden 60 % des Jahresbonus im Folgejahr der jeweiligen Performance-Periode im Monat der Hauptversammlung der Drägerwerk AG & Co. KGaA in bar ausgezahlt. 40 % des Jahresbonus werden in virtuelle Aktien umgewandelt. Diese sind an die Entwicklung des Dräger-Aktienkurses gebunden und haben eine Haltedauer von fünf Jahren.

Die im Jahr 2023 eingeführte Anlage in virtuelle Dräger-Vorzugsaktien ersetzt die Teilnahme der Vorstandsmitglieder am Mitarbeiterbeteiligungsprogramm in vollem Umfang. Die Vorstandsmitglieder hatten im Geschäftsjahr 2023 letztmalig die Möglichkeit, an dem Programm teilzunehmen. Somit wird ab 2024 keine auf dem Mitarbeiterbeteiligungsprogramm basierende aktienbasierte Vergütung mehr zugesagt.

Soweit die Drägerwerk Verwaltungs AG Vorstandsvergütungen trägt, steht ihr nach § 11 Abs. 1 und Abs. 3 der Satzung der Drägerwerk AG & Co. KGaA ein monatlich abzurechnender Aufwendersersatzanspruch gegen die Drägerwerk AG & Co. KGaA zu. Für die Geschäftsführung und die Übernahme der persönlichen Haftung erhält die persönlich haftende Gesellschafterin gemäß § 11 Abs. 4 der Satzung der Drägerwerk AG & Co. KGaA eine gewinn- und verlustunabhängige Vergütung in Höhe von sechs Prozent des im Jahresabschluss bilanzierten Eigenkapitals, die eine Woche nach der Aufstellung des Jahresabschlusses der persönlich haftenden Gesellschafterin fällig wird. Für das Geschäftsjahr 2024 beträgt diese Vergütung 164 Tsd. EUR (2023: 137 Tsd. EUR) zuzüglich eventuell anfallender Umsatzsteuer.

Die Pensionsverpflichtungen für die Mitglieder des Vorstands sind im Jahresabschluss 2024 mit 9.921 Tsd. EUR (2023: 9.851 Tsd. EUR) berücksichtigt. Seit dem 1. Januar 2021 wurden die Versorgungszusagen in eine extern vorfinanzierte versicherungsgebundene Versorgung mit garantierter Mindestverzinsung überführt, die direkt von der Drägerwerk Verwaltungs AG bedient wird. Der bis zum 31. Dezember 2020 erreichte Besitzstand der Pensionszusagen an die Vorstandsmitglieder wird weiterhin bei der Drägerwerk AG & Co. KGaA aufrechterhalten.

Aus diesem Grund beinhaltet die nachfolgende Tabelle keine weiteren Zuführungen der Verpflichtungen für die alten Versorgungszusagen, sondern weist nur noch die Barwerte der Pensionsverpflichtungen zum 31. Dezember 2024 aus:

Pensionsverpflichtungen des aktiven Vorstands

in Tsd. €	Verpflichtung 31. Dezember 2024
Stefan Dräger	6.007
Gert-Hartwig Lescow	2.541
Toni Schrofner	769
Rainer Klug	293
Dr. Reiner Piske	312
Vorstandsmitglieder gesamt	9.921

Die Bezüge ehemaliger Vorstandsmitglieder und ihrer Hinterbliebenen betrugen 3.748 Tsd. EUR (2023: 3.702 Tsd. EUR). Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern und ihren Hinterbliebenen betrugen 34.495 Tsd. EUR (2023: 39.172 Tsd. EUR).

Bei Tod im aktiven Anstellungsverhältnis hat der überlebende Ehegatte Anspruch auf Dräger-Witwen- beziehungsweise -Witwerrente. Die hinterlassenen Kinder haben Anspruch auf Dräger-Waisenrenten. Die Höhe der jährlichen Dräger-Witwen- beziehungsweise -Witwerrente beträgt 55 % der Dräger-Rente, die die verstorbene Führungskraft erhalten hat oder erhalten hätte, wenn sie zum Zeitpunkt des Todes erwerbsunfähig geworden wäre (fiktive Erwerbsminderungsrente). Die Höhe der Dräger-Waisenrente beträgt zehn Prozent der fiktiven Dräger-Erwerbsminderungsrente beziehungsweise der laufenden Dräger-Rente der verstorbenen Führungskraft.

36 Vergütung des Aufsichtsrats

Die ordentliche Hauptversammlung der Drägerwerk AG & Co. KGaA hat die Bezüge der Mitglieder des Aufsichtsrats seit dem Geschäftsjahr 2011 in der Satzung festgelegt. Die Vergütung des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2024 betrug 550 Tsd. EUR (2023: 569 Tsd. EUR).

Im Geschäftsjahr 2024 erhielten die sechs Mitglieder des Aufsichtsrats der persönlich haftenden Gesellschafterin, der Drägerwerk Verwaltungs AG, eine Gesamtvergütung von 267 Tsd. EUR (2023: 240 Tsd. EUR). Diese beinhaltet eine zusätzliche Auslagenpauschale von insgesamt 60 Tsd. EUR (2023: 60 Tsd. EUR). Vergütungen an Aufsichtsräte verbundener Unternehmen wurden nicht gezahlt. Es erfolgt eine Weiterbelastung der Vergütung von der Drägerwerk Verwaltungs AG an die Drägerwerk AG & Co. KGaA.

Weitere Angaben zur individualisierten Vergütung des Vorstands und des Aufsichtsrats finden sich für das Geschäftsjahr 2024 im eigenständigen Vergütungsbericht; dieser kann auf der Internetseite unter www.draeger.com/Verguetungsbericht abgerufen werden.

37 Transaktionen mit nahestehenden Personen und Unternehmen

Für Stefan Dräger und die Stefan Dräger nahestehenden Gesellschaften und Personen, die Dräger Stiftung und die Dräger Familienstiftung wurden im Geschäftsjahr 2024 Dienstleistungen in Höhe von 12 Tsd. EUR (2023: 21 Tsd. EUR) erbracht. Forderungen bestanden zu beiden Stichtagen nicht.

Für das assoziierte Unternehmen MAPRA Assekuranzkontor GmbH wurden im Geschäftsjahr 2024 Miet- und Dienstleistungen in Höhe von 120 Tsd. EUR (2023: 105 Tsd. EUR) von der Drägerwerk AG & Co. KGaA erbracht. Forderungen bestanden zu beiden Stichtagen nicht.

Die Vergütungen der Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat für die Arbeitsleistung außerhalb der Aufsichtsrats Tätigkeit sind ebenfalls zu marktüblichen Konditionen abgeschlossen worden. Insgesamt sind die Vergütungen von unwesentlicher Bedeutung für den Dräger-Konzern.

Die Komplementärin der Drägerwerk AG & Co. KGaA und somit die persönlich haftende Gesellschafterin mit einem Kapitalanteil von null Prozent ist die Drägerwerk Verwaltungs AG. Es gibt nur wenige Transaktionen mit der Komplementärin, weil diese lediglich verwaltende Funktionen ausübt. Die persönlich haftende Gesellschafterin hat Anspruch auf Ersatz aller ihrer mit der Geschäftsführung für die Drägerwerk AG & Co. KGaA zusammenhängenden Aufwendungen. Hierzu zählt die vertragsgemäße Vergütung ihrer Organe. Diese Auslagen setzen sich zusammen aus der Vergütung des Vorstands, der Vergütung ihres Aufsichtsrats, der Haftungsvergütung sowie sonstigen Aufwendungen.

Gegenüber der Drägerwerk Verwaltungs AG bestanden zum 31. Dezember 2024 Verbindlichkeiten in Höhe von 7.620 Tsd. EUR (2023: 16.357 Tsd. EUR), diese resultieren im Wesentlichen aus dem Cash-Concentrating und der Managementvergütung. Die Aufwendungen für Leistungen der Drägerwerk Verwaltungs AG beliefen sich im Geschäftsjahr 2024 auf 6.560 Tsd. EUR (2023: 5.937 Tsd. EUR). Sie setzten sich überwiegend aus Leistungen zur Managementvergütung in Höhe von 4.571 Tsd. EUR (2023: 4.168 Tsd. EUR) und Versorgungsaufwand in Höhe von 774 Tsd. EUR (2023: 716 Tsd. EUR) zusammen. Für die Drägerwerk Verwaltungs AG wurden im Berichtsjahr Dienstleistungen in Höhe von 416 Tsd. EUR (2023: 150 Tsd. EUR) erbracht. Zum 31. Dezember 2024 bestanden hieraus Forderungen in Höhe von 133 Tsd. EUR (2023: 0 Tsd. EUR).

Alle Geschäfte mit nahestehenden Personen und Unternehmen wurden zu marktüblichen Konditionen abgewickelt.

38 Honorar des Abschlussprüfers

Das vom Abschlussprüfer der Gesellschaft für das Geschäftsjahr 2024 gezahlte beziehungsweise zu zahlende Gesamthonorar ist aufgeschlüsselt nach Abschlussprüfungsleistungen, anderen Bestätigungsleistungen und sonstigen Leistungen in der entsprechenden Angabe des Konzernabschlusses der Drägerwerk AG & Co. KGaA dargestellt.

Die Abschlussprüfungsleistungen beinhalten die Honorare für die Konzernabschlussprüfung sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen oder freiwilligen Prüfungen der Drägerwerk AG & Co. KGaA und der in den Konzernabschluss einbezogenen Tochterunternehmen. Die Honorare für die Bestätigungsleistungen umfassen gesetzlich vorgeschriebene Bestätigungsleistungen zu EMIR und Prüfungen nach der Verpackungsverordnung sowie freiwillige Bestätigungsleistungen im Zusammenhang mit Financial Covenants. Die sonstigen Leistungen enthalten Leistungen zur Vorbereitung der Prüfungsbereitschaft hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung und Leistungen im Zusammenhang mit dem Bereitstellen der Anwendung „Valuation Data Source“ über ein „Software as a Service“ Modell.

39 Wesentliche direkte und indirekte Beteiligungen der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Anteilsbesitz der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Stand 31. Dezember 2024					
	Name und Sitz der Gesellschaft	Anteil am Kapital in %		in Tsd. €	in Tsd. €
		direkt	indirekt	Eigenkapital	Ergebnis
Deutschland					
	Dräger Safety AG & Co. KGaA, Lübeck	100		151.872	0 ¹
	Dräger Medical Deutschland GmbH, Lübeck	100		26.047	0 ¹
	Dräger Electronics GmbH, Lübeck	100		-9.780	-41
	Dräger Digital GmbH, Lübeck	100		834	201
	Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck	100		1.120	0 ¹
	Dräger TGM GmbH, Lübeck		100	1.506	347 ^{1,2}
	Dräger MSI GmbH, Hagen		100	1.747	0 ¹
	Dräger Medical ANSY GmbH, Lübeck	100		2.826	0 ¹
	Dräger Interservices GmbH, Lübeck	30	70	1.518	473 ^{1,2}
	Dräger Gebäude und Service GmbH, Lübeck	100		691	168 ^{1,2}
	Dräger Medical International GmbH, Lübeck	89,45	10,55	231.945	0 ¹
	MAPRA Assekuranzkontor GmbH, Lübeck	49		1.635	1.195 ^{3,4}
	Fachklinik für Anästhesie und Intensivmedizin Vahrenwald GmbH, Lübeck		100	-7.673	0 ¹
	Dräger Energie GmbH, Lübeck		100	25	0 ¹
	FIMMUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Lübeck	100		30	0 ¹
	FIMMUS Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Lübeck KG, Lübeck	100		95	-8
	DRENITA Grundstücks- und Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Fertigung Dräger Medizintechnik KG, Düsseldorf	100		21	6
	Dräger Holding International GmbH, Lübeck	100		59.471	0 ¹
Europa					
Belgien	Dräger Medical Belgium NV, Wemmel		100	8.176	1.825
	Dräger Safety Belgium NV, Wemmel		100	7.767	1.296
Bulgarien	Draeger Bulgaria EOOD, Sofia		100	1.083	472
Dänemark	Dräger Danmark A/S, Herlev		100	2.455	546
Finnland	Dräger Suomi Oy, Vantaa		100	1.786	437
Frankreich	Dräger France SAS, Antony		100	33.274	7.594
	Dräger Production France SAS, Obernai		100	4.169	62
Griechenland	Draeger Hellas S.M.A.E. for Products of Medical and Safety Technology, Athen		100	4.750	442
Großbritannien	Draeger Safety UK Ltd., Blyth		100	96.590	11.304
	Draeger Medical UK Ltd., Hemel Hempstead	52,63	47,37	9.121	2.620
Irland	Dräger Ireland Ltd., Dublin		100	931	435
Italien	Draeger Italia S.p.A., Corsico		100	27.352	3.102
Kroatien	Dräger Medical Croatia d.o.o., Zagreb		100	2.723	1.040
	Dräger Safety d.o.o., Zagreb		100	941	221
Litauen	QuaDigi UAB, Vilnius		100	1.659	991
Niederlande	Dräger Nederland B.V., Zoetermeer		100	31.687	15.411
Norwegen	Dräger Norge AS, Oslo		100	2.750	1.307
	GasSecure AS, Oslo		100	3.312	139
Österreich	Dräger Austria GmbH, Wien		100	30.230	5.005
Polen	Dräger Polska Sp. z o.o., Warschau		100	7.922	1.885
Portugal	Dräger Portugal, Lda, Carnaxide	0,01	99,99	2.454	687
Rumänien	Draeger Romania srl, District 1, Bucharest		100	4.326	1.473
Russland	Dräger OOO, Moskau		100	6.495	1.958

¹ Ergebnisabführungsvertrag

² Ausgewiesener Betrag entspricht dem abführungsgesparten Betrag

³ Vorjahr

⁴ Assoziiertes Unternehmen im Sinne von §§ 311, 312 HGB

Anteilsbesitz der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Stand 31. Dezember 2024

		Anteil am Kapital in %		in Tsd. €	in Tsd. €
	Name und Sitz der Gesellschaft	direkt	indirekt	Eigenkapital	Ergebnis
Europa (Fortsetzung)					
Schweden	Dräger Sverige AB, Kista		100	3.880	1.296
	ACE Protection AB, Svenljunga		100	2.844	134
	AB Ulax, Motala		75	686	225
Schweiz	Dräger Schweiz AG, Liebfeld-Bern		100	14.189	3.232
	STIMIT AG, Biel/Bienne	67,32		-16.289	-6.442
Serbien	Dräger tehnika trgovina i servisiranje d.o.o., Vozdovac Belgrad		100	4.680	397
Slowakei	Dräger Slovensko s.r.o., Piestany		100	1.198	321
Slowenien	Dräger Slovenija d.o.o., Ljubljana-Crnuce		100	1.254	163
Spanien	Dräger Hispania S.A.U., Madrid		100	24.377	10.000
Tschechien	Dräger Medical s.r.o., Čestlice		100	5.332	2.135
	Dräger Safety s.r.o., Čestlice		100	2.208	357
	Dräger Manufacturing Czech s.r.o., Klášterec nad Ohří		100	12.361	2.329
Türkei	Draeger Medikal Ticaret ve Servis A.S., Istanbul		100	7.445	1.998
	Draeger Safety Korunma Teknolojileri A.S., Istanbul		100	6.157	319
Ungarn	Dräger Safety Hungaria Kereskedelmi és Szolgáltató Kft., Budapest		100	674	208
	Dräger Medical Hungary Sales and Service Kft., Budapest		100	706	67
Afrika					
Ghana	Draeger Ghana Ltd, Accra-North		100	1.269	559
Kenia	Dräger Kenya Ltd, Nairobi		100	1.009	0
Marokko	Draeger Maroc SARL AU, Casablanca		100	1.229	219
Südafrika	Dräger South Africa (Pty) Ltd, Buccleuch		69	7.697	1.222
	Dräger Safety Zenith (Pty) Ltd, East London		100	2.253	209
Amerika					
Argentinien	Drager Argentina S.A., Buenos Aires	10	90	9.719	2.728
Brasilien	Dräger do Brasil Ltda., São Paulo	100		5.743	133
	Dräger Indústria e Comércio Ltda., São Paulo	100		16.399	338
	Dräger Safety do Brasil Equipamentos de Segurança Ltda., São Paulo		100	10.516	1.508
Chile	Dräger Chile Ltda., Santiago	99,99	0,01	8.589	524
	Dräger-Simsa S.A., Santiago		51	2.412	805
Kanada	Draeger Safety Canada Ltd., Mississauga		100	8.875	2.006
	Draeger Médical Canada Inc., Mississauga		100	6.234	902
	Focus Field Solutions Inc., St. John's		29,53	-	- 4,5
Kolumbien	Draeger Colombia S.A., Bogotá D.C.	1,5	98,5	9.638	1.565
Mexiko	Draeger Safety, S.A. de C.V., Col. Lomas de Santa Fe		100	3.359	395
	Dräger Medical Mexico, S.A. de C.V., Col. Lomas de Santa Fe		100	15.889	3.148
Panama	Draeger Panama Comercial, S. de R.L., Ciudad de Panamá		100	1.453	56
Peru	Draeger Peru S.A.C., Lima		100	4.807	128
USA	Draeger, Inc., Harrisburg		100	86.255	21.149
	Draeger Medical Systems, Inc., Wilmington, New Castle County		100	269.408	4.431
	MultiSensor Scientific, Inc., Somerville		48,74	-	- 4,5
Asien/Australien					
China V.R.	Shanghai Dräger Medical Instrument Co., Ltd., Shanghai		100	15.851	122
	Draeger Safety Equipment (China) Co., Ltd., Peking		100	17.550	1.646
	Dräger Medical Equipment (Shanghai) Co., Ltd., Shanghai		100	20.984	3.724
	Dräger Medical Systems (Shanghai) Co., Ltd., Shanghai		100	9.587	-6

⁴ Assoziiertes Unternehmen im Sinne von §§ 311, 312 HGB

⁵ Unternehmen unterliegt keiner Offenlegungspflicht

Anteilsbesitz der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Stand 31. Dezember 2024

		Anteil am Kapital in %		in Tsd. €	in Tsd. €
	Name und Sitz der Gesellschaft	direkt	indirekt	Eigenkapital	Ergebnis
Asien/Australien (Fortsetzung)					
Hongkong	Draeger Hong Kong Limited, Kwun Tong, Kowloon		100	2.729	856
Indien	Draeger India Pvt. Ltd., Mumbai	100		18.182	3.021
	Draeger Safety India Pvt. Ltd., Mumbai		100	3.713	1.498
Indonesien	PT Draegerindo Jaya, Jakarta		100	1.348	135
	PT Draeger Medical Indonesia, Jakarta	5	95	6.795	843
Japan	Draeger Japan Ltd., Tokio		100	9.058	1.240
Malaysia	Draeger Malaysia Sdn. Bhd., Kuala Lumpur		100	5.650	503
Myanmar	Draeger Myanmar Ltd., Yangon		100	3	-151
Philippinen	Draeger Philippines Corporation, Pasig City		100	1.585	364
Saudi-Arabien	Draeger Arabia LLC, Riyadh	25,5	25,5	38.674	4.167
Singapur	Draeger Singapore Pte Ltd., Singapur		100	9.500	1.284
Südkorea	Draeger Korea Co., Ltd., Hanam		100	6.882	688
Taiwan	Draeger Safety Taiwan Co., Ltd., Hsinchu City		100	2.086	261
	Draeger Medical Taiwan Ltd., Taipei City		100	3.083	182
Thailand	Draeger Medical (Thailand) Ltd., Bangkok		100	7.928	658
	Draeger Safety (Thailand) Ltd., Bangkok		100	1.186	258
Vietnam	Draeger Vietnam Co., Ltd., Ho Chi Minh City		100	1.867	200
Australien	Draeger Safety Pacific Pty Ltd, Notting Hill		100	0	0
	Draeger Australia Pty Ltd, Notting Hill	100		14.871	5.086
Neuseeland	Draeger New Zealand Ltd, Auckland		100	1.121	322

40 Nachtragsbericht

Ereignisse nach dem Bilanzstichtag:

Bedeutende, hier zu berichtende Geschäftsvorfälle haben sich nach Ende des Geschäftsjahres nicht ereignet.

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

Der Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2024 beträgt 455.082.442,50 EUR. Darin ist ein Gewinnvortrag von 372.403.570,63 EUR enthalten. Die Drägerwerk Verwaltungs AG als Komplementärin der Drägerwerk AG & Co. KGaA beabsichtigt, gemeinsam mit dem Aufsichtsrat der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, der Hauptversammlung vorzuschlagen, diesen Bilanzgewinn wie folgt zu verwenden:

Vorschlag für die Verwendung des Bilanzgewinns

in €

1,97 EUR Dividende auf 10.160.000 Stück Stammaktien	20.015.200
2,03 EUR Dividende auf 8.600.000 Stück Vorzugsaktien	17.458.000

Es wird vorgeschlagen, den verbleibenden Bilanzgewinn des Geschäftsjahres 2024 in Höhe von 417.609.242,50 EUR auf neue Rechnung vorzutragen.

Organe der Gesellschaft¹

Aufsichtsrat der Drägerwerk AG & Co. KGaA

Maria Dietz

Vorsitzende des Aufsichtsrats (seit 1. Januar 2025)

Mitglied des Verwaltungsrats und Anteilseignerin der GFT Technologies SE², Stuttgart

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck, stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende (seit 5. Mai 2024)
- Ernst Klett Aktiengesellschaft, Stuttgart
- GFT Technologies SE², Stuttgart, Mitglied des Verwaltungsrats
- LBBW Asset Management Investmentgesellschaft mbH, Stuttgart

Christian Fischer

Stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats

Mitglied Dräger European Forum / Europäischer Betriebsrat, Lübeck

Vorsitzender des Betriebsrats Dräger Lübeck, Lübeck

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats Dräger, Lübeck

Bettina van Almsick

Vorsitzende des Betriebsrats Dräger Vertrieb und Service Deutschland, Essen

Mitglied des Betriebsrats Dräger Vertrieb und Service Deutschland, Lübeck

Mitglied des Gesamtbetriebsrats Dräger, Lübeck

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Medical Deutschland GmbH³, Lübeck, stellvertretende Vorsitzende

Eckard Gesell (seit 1. Juli 2024)

Leitender Angestellter, Drägerwerk AG & Co. KGaA², Lübeck

Andrea Görndt

Vorsitzende Dräger European Forum / Europäischer Betriebsrat, Lübeck

Mitglied des Betriebsrats Dräger, Lübeck

Mitglied des Gesamtbetriebsrats Dräger, Lübeck

¹ Dieses Kapitel ist auch Bestandteil der Konzernnachhaltigkeitserklärung im zusammengefassten Lagebericht.

² Börsennotiertes Unternehmen

³ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Prof. Dr. Thorsten Grenz

Geschäftsführender Gesellschafter der KIMBRIA Gesellschaft für Beteiligung und Beratung mbH, Berlin
Honorarprofessor der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Christian-Albrechts-Universität, Kiel

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck, Vorsitzender (seit 1. Januar 2025)
- Dräger Safety Verwaltungs AG³, Lübeck, Vorsitzender (seit 1. Januar 2025)
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- SNP Schneider-Neureither & Partner SE², Heidelberg

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Gerlin Participaties Coöperatief U.A., Maarsbergen (seit 24. Januar 2024)

Henning Groskreutz

1. Bevollmächtigter / Geschäftsführer IG Metall Lübeck-Wismar

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- L. Possehl & Co. mbH, Lübeck

Astrid Hamker

Beiratsmitglied und Gesellschafterin Piepenbrock Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG, Berlin
KOMPASS-Beratung, selbstständige Tätigkeit in der Beratung von Familienunternehmen, Georgsmarienhütte

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- L. Possehl & Co. mbH, Lübeck
- Schmitz Cargobull AG, Horstmar

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Felix Schoeller Gruppe GmbH & Co. KG, Osnabrück
- Piepenbrock Unternehmensgruppe GmbH & Co. KG, Berlin, Mitglied des Beirats
- Tengelmann Verwaltungs- und Beteiligungs GmbH, München

Stefanie Hirsch (bis 30. Juni 2024)

Leitende Angestellte, Drägerwerk AG & Co. KGaA², Lübeck (bis 30. Juni 2024)

Stefan Lauer (Vorsitzender bis 31. Dezember 2024)

Ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutsche Lufthansa AG², Frankfurt

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck, Vorsitzender (bis 31. Dezember 2024)
- Dräger Safety Verwaltungs AG³, Lübeck, Vorsitzender (bis 31. Dezember 2024)
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck, Vorsitzender
- People at Work Systems AG, München

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Valeta GmbH, Bad Säckingen, Vorsitzender des Beirats

² Börsennotiertes Unternehmen

³ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Laura Pooth

Vorsitzende des DGB Bezirk Nord – Deutscher Gewerkschaftsbund, Hamburg

Aufsichtsratsmandate:

- Bürgschaftsbank Schleswig-Holstein GmbH, Kiel
- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, stellvertretendes Mitglied des Verwaltungsrats

Frank Riemensperger

Geschäftsführer 440.digital GmbH

Mitglied des Präsidiums, Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- Dräger Safety Verwaltungs AG³, Lübeck
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- Sartorius AG², Göttingen

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Datenraum Mobilität GmbH, München

Dr. Reinhard Zinkann

Geschäftsführender Gesellschafter der Miele & Cie. KG, Gütersloh

Aufsichtsratsmandate:

- Dräger Safety AG & Co. KGaA³, Lübeck
- Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
- Falke KGaA, Schmallingenberg (Vorsitzender)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Hipp & Co., Pfaffenhofen, Verwaltungsratspräsident
- Nobilia-Werke J. Stickling GmbH & Co. KG, Verl, Vorsitzender des Beirats

² Börsennotiertes Unternehmen

³ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Mitglieder des Prüfungsausschusses

Prof. Dr. Thorsten Grenz (Vorsitzender)
Christian Fischer
Henning Groskreutz
Stefan Lauer
Frank Riemensperger

Mitglieder des Nominierungsausschusses

Maria Dietz (Vorsitzende seit 1. Januar 2025)
Stefan Lauer (Vorsitzender bis 31. Dezember 2024)
Dr. Reinhard Zinkann

Mitglieder des Gemeinsamen Ausschusses

Vertreter der Drägerwerk Verwaltungs AG:

Maria Dietz
Astrid Hamker
Frank Riemensperger
Dr. Reinhard Zinkann

Vertreter der Drägerwerk AG & Co. KGaA²:

Prof. Dr. Thorsten Grenz (Vorsitzender seit 1. Januar 2025)
Christian Fischer
Henning Groskreutz
Stefan Lauer (Vorsitzender bis 31. Dezember 2024)

² Börsennotiertes Unternehmen

Als Vorstände der Drägerwerk Verwaltungs AG handeln für die Drägerwerk AG & Co. KGaA

Stefan Dräger

Vorstandsvorsitzender

Vorstandsvorsitzender der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Vorstandsvorsitzender der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Aufsichtsratsmandate:

- L. Possehl & Co. mbH, Lübeck
- Sparkasse zu Lübeck AG, Lübeck

Gert-Hartwig Lescow

Vorstand Finanzen und IT, stellvertretender Vorstandsvorsitzender

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Aufsichtsratsmandate:

- Carl Zeiss AG, Oberkochen, Vorsitzender des Prüfungsausschusses

Stefanie Hirsch (seit 1. Juli 2024)

Vorständin Nachhaltigkeit und Qualität

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Rainer Klug

Vorstand Sicherheitstechnik

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Arin Business Developments S.à r.l., Luxemburg

Dr. Reiner Piske

Vorstand Vertrieb und Personal

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)

Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck

(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Anton Schrofner
Vorstand Medizintechnik

Mitglied des Vorstands der Drägerwerk Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Drägerwerk AG & Co. KGaA)
Mitglied des Vorstands der Dräger Safety Verwaltungs AG, Lübeck
(Komplementär-AG der Dräger Safety AG & Co. KGaA)

Mitgliedschaften in vergleichbaren Kontrollgremien in- und ausländischer Wirtschaftsunternehmen:

- Draeger Medical Systems, Inc.³, Telford, Mitglied des Board of Directors
- Sibel Health, Inc., Chicago, Mitglied des Board of Directors
- STIMIT AG³, Biel, Mitglied des Verwaltungsrats (bis 18. November 2024)

Lübeck, 11. März 2025

Drägerwerk AG & Co. KGaA
Die persönlich haftende Gesellschafterin
Drägerwerk Verwaltungs AG
diese vertreten durch ihren Vorstand

Stefan Dräger
Gert-Hartwig Lescow
Stefanie Hirsch
Rainer Klug
Dr. Reiner Piske
Anton Schrofner

³ Konzernmandat im Sinne des § 18 AktG

Erklärung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht des Geschäftsberichts der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Gesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Gesellschaft beschrieben sind.

Lübeck, 11. März 2025

Drägerwerk AG & Co. KGaA
Die persönlich haftende Gesellschafterin
Drägerwerk Verwaltungs AG
diese vertreten durch ihren Vorstand

Stefan Dräger
Gert-Hartwig Lescow
Stefanie Hirsch
Rainer Klug
Dr. Reiner Piske
Anton Schrofner

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA, Lübeck, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Bericht über die Lage der Gesellschaft und des Konzerns (im Folgenden „zusammengefasster Lagebericht“) der Drägerwerk AG & Co. KGaA für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft.

Die im Abschnitt „Sonstige Informationen“ unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des zusammengefassten Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser zusammengefasste Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum zusammengefassten Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt „Sonstige Informationen“ genannten Bestandteile des zusammengefassten Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Werthaltigkeit der Anteile an verbundene Unternehmen

Zu den angewandten Bilanzierungs- und Bewertungsgrundlagen verweisen wir auf den Anhang Ziffer 4 Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze. Die Entwicklung der Anteile an verbundenen Unternehmen ist im Anhang unter Ziffer 20 Finanzanlagen dargestellt.

Das Risiko für den Abschluss

Im Jahresabschluss der Drägerwerk AG & Co. KGaA zum 31. Dezember 2024 werden unter den Finanzanlagen Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von EUR 601,3 Mio. ausgewiesen. Der Anteil der Anteile an verbundenen Unternehmen an der Bilanzsumme beläuft sich auf insgesamt 30,9 % und hat somit einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögenslage der Gesellschaft.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. bei voraussichtlich dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert bilanziert. Den beizulegenden Wert ermittelt die Gesellschaft für Anteile an verbundenen Unternehmen mithilfe des Discounted-Cashflow-Verfahrens (DCF-Verfahren).

Die für das DCF-Verfahren verwendeten Zahlungsströme beruhen auf beteiligungsindividuellen Planungen für die nächsten fünf Jahre, die mit Annahmen über langfristige Wachstumsraten fortgeschrieben werden. Der jeweilige Kapitalisierungszinssatz wird aus der Rendite einer risikoadäquaten Alternativanlage abgeleitet. Ist der beizulegende Wert niedriger als der Buchwert, so wird anhand qualitativer und quantitativer Kriterien untersucht, ob die Wertminderung voraussichtlich dauernd ist.

Die Berechnung des beizulegenden Werts nach dem DCF-Verfahren ist komplex und hinsichtlich der getroffenen Annahmen in hohem Maße von Einschätzungen und Beurteilungen der Gesellschaft abhängig. Dies gilt insbesondere für die Schätzung der künftigen Zahlungsströme und langfristigen Wachstumsraten, die Ermittlung der Kapitalisierungszinssätze sowie die Einschätzung der Dauerhaftigkeit der Wertminderung. Die Gesellschaft hat im Geschäftsjahr 2024 außerplanmäßige Abschreibungen auf Anteile an verbundene Unternehmen in Höhe von EUR 19,8 Mio. vorgenommen.

Es besteht das Risiko für den Abschluss, dass Wertminderungen nicht in ausreichender Höhe erfasst wurden und die Anteile an verbundenen Unternehmen somit nicht werthaltig sind.

Unsere Vorgehensweise in der Prüfung

Zunächst haben wir anhand der im Rahmen unserer Prüfung gewonnenen Informationen anhand eines risikoorientierten Vorgehens beurteilt, bei welchen Anteilen an verbundene Unternehmen Anhaltspunkte für einen Abschreibungsbedarf bestehen. Anschließend haben wir unter Einbezug unserer Bewertungsspezialisten die Angemessenheit der wesentlichen Annahmen sowie der Bewertungsmethode für diese Gesellschaften beurteilt. Dazu haben wir die erwarteten Zahlungsströme sowie die unterstellten langfristigen Wachstumsraten mit den Planungsverantwortlichen erörtert. Außerdem haben wir Abstimmungen mit den Prognosen für diese Gesellschaften und eine Überleitung zu dem von den gesetzlichen Vertretern erstellten und vom Aufsichtsrat genehmigten Budget für das jeweilige Segment vorgenommen. Darüber hinaus haben wir die Konsistenz der Annahmen mit externen Markteinschätzungen beurteilt.

Ferner haben wir uns von der bisherigen Prognosegüte der Gesellschaft überzeugt, indem wir Planungen früherer Geschäftsjahre auf Ebene des jeweiligen Segments mit den tatsächlich realisierten Ergebnissen verglichen und Abweichungen analysiert haben. Um Auffälligkeiten in der geplanten Margenentwicklung zu erkennen, haben wir zudem für risikoorientiert ausgewählte Gesellschaften analytische Prüfungshandlungen durchgeführt, indem wir eigene Erwartungswerte gebildet und diese mit den geplanten EBIT-Margen verglichen haben.

Die dem Kapitalisierungszinssatz zugrunde liegenden Annahmen und Daten, insb. den risikofreien Zinssatz, die Marktrisikoprämie und den Betafaktor, haben wir mit eigenen Annahmen und öffentlich verfügbaren Daten verglichen. Um der bestehenden Prognoseunsicherheit Rechnung zu tragen, haben wir darüber hinaus die Auswirkungen möglicher Veränderungen des Kapitalisierungszinssatzes, der erwarteten Umsatzerlöse und EBIT-Marge sowie der langfristigen Wachstumsrate auf den beizulegenden Wert untersucht, indem wir alternative Szenarien berechnet und mit den Bewertungsergebnissen der Gesellschaft verglichen haben (Sensitivitätsanalyse). Zur Sicherstellung der rechnerischen Richtigkeit der verwendeten Bewertungsmethode haben wir die Berechnungen der Gesellschaft auf Basis risikoorientiert ausgewählter Elemente nachvollzogen.

Unsere Schlussfolgerungen

Das der Werthaltigkeitsprüfung der Anteile an verbundene Unternehmen zugrunde liegende Vorgehen ist sachgerecht und steht im Einklang mit den Bewertungsgrundsätzen. Die Annahmen und Daten der Gesellschaft sind sachgerecht.

Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter bzw. der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des zusammengefassten Lageberichts:

- die Nachhaltigkeitserklärung einschließlich der zusammengefassten nichtfinanziellen Erklärung der Gesellschaft und des Konzerns, die als Abschnitt „Konzernnachhaltigkeitserklärung“ des zusammengefassten Lageberichts enthalten ist,
- die zusammengefasste Erklärung zur Unternehmensführung der Gesellschaft und des Konzerns, die als Abschnitt „Erklärung/Konzernerklärung zur Unternehmensführung (§§ 289f und 315d HGB)“ des zusammengefassten Lageberichts enthalten ist, und
- die im zusammengefassten Lagebericht enthaltenen lageberichtsfremden und als ungeprüft gekennzeichneten Angaben.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Angaben im zusammengefassten Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den zusammengefassten Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der

Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des zusammengefassten Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im zusammengefassten Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der zusammengefasste Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum zusammengefassten Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und zusammengefassten Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des zusammengefassten Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder

Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im zusammengefassten Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des zusammengefassten Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im zusammengefassten Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der bereitgestellten Datei „Draeger_EA_LB_ESEF-2024-12-31.zip“ (SHA256-Hashwert: a896187030e5273e22e563b225e4fd9befed0185131a9da138a3b664d0e57190) enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts (im Folgenden auch als „ESEF-Unterlagen“ bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat („ESEF-Format“) in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden „Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts“ enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten zusammengefassten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten bereitgestellten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) und des International Standard on Assurance Engagements 3000 (Revised) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist nachstehend weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat den IDW Qualitätsmanagementstandard: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet.

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des zusammengefassten Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d. h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende bereitgestellte Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.
- beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften zusammengefassten Lageberichts ermöglichen.

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 8. Mai 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 6. August 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2024 als Abschlussprüfer der Drägerwerk AG & Co. KGaA tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

Sonstiger Sachverhalt – Verwendung des Bestätigungsvermerks

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften zusammengefassten Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Jahresabschluss und zusammengefasste Lagebericht – auch die in das Unternehmensregister einzustellenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften zusammengefassten Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der ESEF-Vermerk und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar.

Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Hartmut Heckert.

Hamburg, den 12. März 2025

KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Heckert	Dr. Uschkurat
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Impressum

Drägerwerk AG & Co. KGaA

Moislinger Allee 53 – 55

23558 Lübeck

www.draeger.com

www.facebook.com/DraegerGlobal

www.linkedin.com/company/draeger

www.youtube.com/Draeger

www.instagram.com/draeger.global

Communications

Tel. + 49 451 882 – 3202

Fax + 49 451 882 – 3944

Investor Relations

Tel. + 49 451 882 – 2685

Fax + 49 451 882 – 3296

Veröffentlichung

31. März 2025